

# Stenographisches Protokoll.

## 36. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung für Deutschösterreich.

Dienstag, den 28. Oktober 1919.

**Tagesordnung:** 1. Fortsetzung der Debatte über die wirtschaftliche und finanzielle Lage. — 2. Bericht des Ernährungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (408 der Beilagen), womit das Gesetz vom 3. Juli 1919, St. G. Bl. Nr. 345, über die Regelung des Verkehrs mit Getreide und Mahlprodukten abgeändert wird (438 der Beilagen). — 3. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (396 der Beilagen), betreffend die Aufhebung der Steuerbegünstigung für Alkohol zur Herstellung von Heilmitteln (439 der Beilagen).

## Inhalt.

### Personalien.

Abwesenheitsanzeigen (Seite 961).

### Beschrift der Staatsregierung,

betreffend den Gesetzentwurf, betreffend die Landesverweisung und die Übernahme des Vermögens des Hauses Habsburg-Lothringen (444 der Beilagen [Seite 961] — Zuweisung der Vorlage an den Verfassungsausschuß [Seite 961]).

### Verhandlung.

Fortsetzung der Debatte über die wirtschaftliche und finanzielle Lage (Redner: die Abgeordneten Dr. Waber [Seite 961], Richter [Seite 970], Dvořák [Seite 975], Dr. Weiskirchner [Seite 977], Forstner [Antrag auf Schluß der Debatte — Seite 981] — Generalredner kontra: Abgeordneter Dr. Schürff [Seite 981] — Generalredner pro: Abgeordneter Kieger [Seite 984]).

### Ausschüsse.

Mitteilung des Präsidenten Dr. Dinghofer, betreffend die Mandatsniederlegung des Abgeordneten Dr. Mataja als Ersatzmann im Finanz- und Budgetausschuß (Seite 989).

Ersatzwahlen des Abgeordneten Unterkircher als Ersatzmitglied im Finanz- und Budgetausschuß und des Abgeordneten Fischer als Ersatzmitglied im Sozialisierungsausschuß (Seite 989).

### Zuweisungen:

1. 442 der Beilagen an den Ausschuß für Erziehung und Unterricht (Seite 989);
2. 440 der Beilagen an den Finanz- und Budgetausschuß (Seite 989);
3. 443 der Beilagen an den Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft (Seite 989);
4. 441 der Beilagen an den Ausschuß für Verkehrs- wesen (Seite 989).



## Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

Antrag	Anfrage
der Abgeordneten Haukeis, Födermahr, Buchinger, Hollersbacher, Huber, Eisenhut, Geisler und Genossen, betreffend die Enteignung von Pachtgründen (Pachtgründe-Enteignungsgesetz) (447 der Beilagen).	der Abgeordneten Dr. Bauer und Genossen an den Staatssekretär für Inneres und Unterricht, betreffend die Verwaltung und Benützung der Bibliothek und der Manuskripte Anton Mengers (Anhang I, 172/I).

---

Zur Verteilung gelangen am 28. Oktober 1919:

die Anfragebeantwortung 64.

die Anträge 440 bis 443 der Beilagen.

---



## Beginn der Sitzung: 3 Uhr 5 Minuten nachmittags.

Vorsitzender: Dritter Präsident Dr. Dinghofer.

Schriftführer: Proft, Schönsteiner.

Staatskanzler: Dr. Renner.

Vizekanzler: Fink.

Staatssekretäre: Eldersch für Inneres und Unterricht, Dr. Deutsch für Heerwesen, Dr. Reich für Finanzen, Paul für Verkehrswesen, Hamusch für soziale Verwaltung, Dr. Mayr.

Unterstaatssekretäre: Miklas im Staatsamte für Inneres und Unterricht, Dr. Wais im Staatsamte für Heerwesen, Dr. Resch im Staatsamte für soziale Verwaltung.

Präsident Dr. Dinghofer: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Die Protokolle über die Sitzungen vom 23. und 24. Oktober sind unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Die Abgeordneten Krözl, Dr. Schönbauer, Wedra haben sich krank gemeldet, die Abgeordneten Lenz, Stika wegen wichtiger Abhaltungen entschuldigt.

Es ist eine Zuschrift eingelangt, mit welcher die Einbringung einer Vorlage der Staatsregierung angekündigt wird.

Ich ersuche um Verlesung dieser Zuschrift.

Schriftführerin Proft (liest):

„Die Staatskanzlei beehrt sich in der Anlage den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Landesverweisung und die Übernahme des Vermögens des Hauses Habsburg-Lothringen (444 der Beilagen), samt einem Motivenbericht zu diesem Gesetzentwurf mit dem Ersuchen zu übermitteln, den Entwurf baldigst der verfassungsmäßigen Behandlung zuführen zu wollen.

Wien, 25. Oktober 1919.

Dr. Renner.“

Präsident Dr. Dinghofer: Diese Regierungsvorlage werde ich dem Verfassungsausschuß zuweisen.

Wir gelangen nun zur Tagesordnung. Der erste Punkt ist die Fortsetzung der Debatte über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Republik.

Ich erteile dem nächsten Redner, Herrn Abgeordneten Dr. Waber, das Wort.

Abgeordneter Dr. Waber: Hohes Haus! Die Herren Vorredner haben sich auch mit den Parteiverhältnissen in diesem hohen Hause und mit der Stellung der Opposition beschäftigt. Der Tenor ihrer Ausführungen war geradezu der, daß eine Opposition in diesem Hause bei der glänzenden Zusammensetzung der Mehrheit gar nicht notwendig, gar nicht berechtigt sei, daß unter der Mehrheit sich alles so glänzend gestaltet habe, daß eine Kritik gar nicht am Platze ist. Demgegenüber scheint es mir doch notwendig zu sein, auf die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse in Kürze hinzuweisen. Da müssen wir mit großem Bedauern feststellen, daß gerade seit dem Wirken der Koalition eine erhebliche Verschlechterung unserer inneren Lage und unserer Kreditverhältnisse gegenüber dem Ausland eingetreten ist. Und da, glaube ich, ist es auch Aufgabe einer Opposition, zu prüfen, worin eigentlich der Grund für diese Verschlechterung gelegen ist. Als Beweis für diese Feststellung möchte ich auf die Abrechnungskurse hinweisen, die sich in den kritischen Zeiten ergeben haben. Als kritische Zeit möchte ich da nehmen den 28. Oktober 1918, den 1. März 1919, also beiläufig den Zeitraum der Bildung der Koalition und die gegenwärtige Zeit, also etwa den 21. Oktober. Und da muß ich folgendes feststellen. In dem ersten Zeitpunkte, am 28. Oktober 1918 wurden die Schweizer Noten in Zürich mit 231'50 K notiert, am 1. März mit 361'50 K, am 21. Oktober 1919 mit 1952 K. Ähnlich ist die Abrechnung auch in den anderen Staaten des Auslandes gewesen. Amsterdam hat in diesem Zeitraum notiert: 480, 713 und 4052, Berlin 169'65, 206'35 und am 21. Oktober 1919 405 uß. Wenn man also die Abrechnungskurse vergleicht, so sieht man, daß unser Kredit im Auslande während der Herrschaft der Koalition ganz bedeutend gesunken ist und auch in unseren inneren Verhältnissen ist eine erhebliche Verschlechterung unserer Lage eingetreten.

Da muß man sich denn doch fragen, ob das so hat kommen müssen. Es ist selbstverständlich naheliegend, auf den Friedensvertrag hinzuweisen. Aber ich meine denn doch, daß der Friedensvertrag



an sich allein noch nicht diesen furchtbaren Effekt gezeitigt hat. Wir sehen das ja auch an der Entwicklung in Deutschland, wo auch eine Verschlechterung eingetreten ist. Wir fühlen es genau, daß wir am schlechtesten unter den besiegten Staaten daran sind. Gewiß sind unsere wirtschaftlichen Verhältnisse besonders schwierige, aber wir müssen doch auf die Momente hinweisen, welche es erklären, daß sich die Verhältnisse so ungünstig gestaltet haben. Da scheint mir vor allem anderen als maßgebend der Mangel an innerer Ordnung in unserem Staatswesen, das sich durch Monate hindurch schleppende Spiel mit der Rätediktatur, die Einführung einer einseitigen sozialdemokratischen Parteidiktatur hier im Staate sogar mit Hinwegsetzung über die christlichsoziale Partei, vor allem aber der Ausschluß des Parlaments und der Opposition, das mißverständene Schlagwort von der Sozialisierung und unsere Finanzwirtschaft.

Daß es mit unserer inneren Ordnung tatsächlich schlecht gestanden ist, dafür haben wir einen klaren Beweis: Es ist dies das neue Programm der Koalition. Dieses neue Programm der Koalition ist ja geradezu ein Schulddokument für die verfloffenen Monate, und ich muß nur darauf hinweisen, daß in diesem Programm ausdrücklich auf bedrohliche Mißstände im Innern hingewiesen wird. Wörtlich heißt es in diesem Programm (*liest*):

„Staatsgrundgesetzlich gewährleistete Rechte, insbesondere das Hausrecht sind verletzt worden. Lokale Räteorganisationen haben Absperungsmaßnahmen und Beschlagnahmen auf eigene Faust verfügt und durchgeführt, wodurch in vielen Fällen der Ernährungsdienst behindert und insbesondere die Lebensmittelzufuhr in die großen Städte und Industriegebiete, vor allem nach Wien, erschwert wurde.“

Dann heißt es wörtlich weiter (*liest*):

„Die politische Erregung der letzten Monate hat häufig Fälle von Vergewaltigung Andersgesinnter zur Folge gehabt. In industriellen Betrieben haben Arbeiter andersgesinnte Arbeitskollegen, in manchen Dörfern haben Bauern andersgesinnte Häusler, landwirtschaftliche Arbeiter und Lehrer durch gewaltsame Mittel zum Verzicht auf die Betätigung ihrer politischen Gesinnung und ihrer Koalitionsbestrebungen zu zwingen versucht.“

Im Anschluß daran befindet sich der wiederholte Appell der Regierung an die demokratische Überzeugung.

Meine Herren! Diese Sätze hier bezeugen die Schuld. Sie zeigen, wie im Innern die Ordnung systematisch untergraben worden ist, wie unsere Regierung in dieser Richtung versagt hat, wie sie die Verhältnisse sich hat entwickeln lassen. Allerdings hat mein Vorredner, Herr Doktor Bauer,

darauf hingewiesen, wie außerordentlich schlecht die Lage unserer Bevölkerung ist, wie sie unter dem Hunger leidet, wie sie körperlich zurückgeht und wie tief unser Schmerz über diese Verhältnisse ist. Meine Herren, das ist alles wahr, leider buchstäblich wahr. Ja, es ist so furchtbar, daß es sich kaum schildern läßt; aber nichtsdestoweniger scheint es mir ein verfehlter Vorgang der früheren Regierung gewesen zu sein, daß sie diese Dinge sich hat entwickeln lassen, daß sie nicht die Energie aufgebracht hat, Aufreizungen zu gegenseitigen Kämpfen, Klassenkämpfen, Unruhen usw. von Haus aus zu unterdrücken; denn dadurch, daß die Leute übereinander herfallen, die Arbeiterräte sich der öffentlichen Macht im Staate bemächtigen, wird, wie sich zeigt, keine Besserung im Staate, sondern nur eine weitere Verschlechterung herbeigeführt. Da hätte eben schon die frühere Regierung energisch einschreiten sollen. Wir haben gelegentlich der traurigen Vorgänge am Gründonnerstag darauf hingewiesen, wie sich damals die Räte und die Nebenregierung auch in die Funktionen unserer Staatsämter eingemengt haben, wie sie einen unheilvollen Einfluß geltend gemacht und jede Vorbeugungsmaßnahme hintangehalten haben.

Wenn die Regierung auf dem Standpunkte gestanden ist, daß unsere Bevölkerung erst durch Schaden klug werden soll, so ist das eben sehr bedauerlich. Die Regierung hat es deshalb zu beantworten, daß eine solche Erschütterung unseres Kredites eingetreten ist und daß sich unsere inneren Verhältnisse so sehr verschlechtert haben.

Es war aber leider Gottes einige Zeit in einem großen Teile der sozialdemokratischen Partei der Gedanke vorhanden, eventuell eine Rätediktatur einzuführen, und wenn das nicht, zumindest die Furcht vor den Räten zu benutzen, um eine einseitige sozialdemokratische Parteidiktatur zu etablieren. Wenn Herr Dr. Gürtler gemeint hat, daß wir der Koalition verdanken, daß die Nationalversammlung noch erhalten ist, daß die Opposition hier noch zu Worte kommt, so muß ich demgegenüber darauf hinweisen, daß wir es dem Spiele mit der Rätediktatur zu verdanken haben, daß die Verschlechterung der Lage eingetreten ist und daß wir tatsächlich nur eine kachierte Rätediktatur hatten. Dieses Kachieren war gar nicht vom Vorteil; es hätte sich nur viel krasser gezeigt, wie die Verhältnisse waren, die Umkehr wäre rascher eingetreten. Jedenfalls wäre höchste Zeit, wenn endlich einmal wirklich ehrliche Grundsätze im Staate wieder verwirklicht und ein vernünftiges Zusammenarbeiten in diesem Hause und in der Bevölkerung herbeigeführt würde.

Das Verhalten der Regierung war aber nicht danach. Wir müssen feststellen, daß das Parlament nach Möglichkeit ausgeschaltet wurde, und wenn das Koalitionsprogramm eine Besserung zu versprechen



scheint, so haben wir sofort wieder an der Haltung der Regierung gesehen, daß das Programm doch nicht gar so ernst genommen wird.

Wir haben gesehen, daß diese Regierung das abgeschlossene Programm hier im Hause nicht vorgebracht, sondern sich begnügt hat, dieses Programm in zwei Zeitungen zu veröffentlichen. Auf einen Zwischenruf von mir hat Dr. Renner gesagt: „Zufälligerweise bilden aber diese Parteien fünf Sechstel des Hauses.“ Ja, meine Verehrten, darauf kommt es nicht an. Wenn diese Parteien allein hier im Hause wären, so wäre es trotzdem durchaus unparlamentarisch, das Programm lediglich in Zeitungen zu veröffentlichen.

Es ist eben ein wesentlicher Unterschied, ob ein Programm von der Regierungsbank verkündet wird oder ob es nur parteimäßig abgeschlossen wird. Die Parteien müßten sich auch dann hier zusammenfinden und dieses Programm müßte hier gewissermaßen ex cathedra verkündet werden, um eben die Achtung vor dem Parlamente zu bezeigen, wenn die zwei Parteien allein im Hause wären. Wir von der Opposition sind gar nicht so engherzig, daß wir dieses Programm unbedingt hier im Hause hören wollten, daß wir vielleicht verlangt hätten, daß Dr. Renner dieses Programm Wort für Wort hier verliest; ein Programm, das in Grundsätzen zusammengestellt ist, ist zur Verlesung auch nicht sehr geeignet; aber dann hätte Dr. Renner einen anderen Weg finden können, er hätte dieses Programm hier auf den Bänken dieses hohen Hauses auflegen können, er hätte darauf verweisen können und damit hätte er sich das Vorlesen erspart und es wäre doch hier im Parlament zur Kenntnis gebracht worden. Ich bitte also, diese Frage vom parlamentarischen Standpunkt und nicht etwa vom Standpunkt der Rücksichtnahme auf die Opposition zu betrachten. Das Parlament muß geachtet werden. Im übrigen bin ich der Meinung, daß eine Opposition aus parlamentarischen Rücksichten eine dringende Notwendigkeit ist. Ich bin der Meinung, wenn die Opposition nicht bestünde, sollte man sie geradezu schaffen. Die Verhältnisse im englischen Parlamente sind ja so geartet, daß die beiden Parteien, die in England fast gleich stark sind, in den Grundsätzen sich gar nicht wesentlich unterscheiden; trotzdem bestreitet nur eine Partei die Regierungsgeschäfte und nur bei besonders wichtigen Angelegenheiten, bei Lebensfragen des ganzen Volkes tritt eine Konzentration aller Kräfte ein, wie jetzt im Kriege.

Die Opposition hat eben die Aufgabe, die Schattenseiten einer jeden Regierungstätigkeit aufzuzeigen, sie hat die Aufgabe, die Kontrolle zu üben, dadurch belebend einzuwirken und eine sachliche Opposition ist unter allen Umständen vom höchsten Vorteil. Wir haben uns deshalb auch nicht zur Regierung gedrängt, es ist aber durchaus un-

richtig, daß die Opposition sich von der Arbeit drückt. Nein, meine Verehrten, wir arbeiten sehr eifrig und wir sind zu jeder positiven Arbeit bereit.

Dem Abgeordneten Dr. Straßner gegenüber hat die sozialdemokratische Partei einen einzigen Anwurf gegen uns entdecken können und der war der, daß wir beim Streik der Südbahner irgendwie mitgewirkt hätten. Schon in einem Zwischenruf habe ich darauf hingewiesen, daß das nicht richtig ist. Dr. Bauer konnte auch tatsächlich keinen einzigen Herrn nennen, der da in Betracht gekommen wäre, und ich kann nicht nur erklären, daß bei der Sache selbstverständlich kein hervorragender Parteigenosse mitgewirkt hat, sondern daß überhaupt keine nationale Gruppe bei dieser Angelegenheit beteiligt gewesen ist, daß auch die nationalen Organisationen gegen diesen Streik gewesen sind, daß insbesondere der in einem Zwischenruf genannte Herr Ertl damit nichts zu tun gehabt hat. Wir fordern überhaupt nicht zum Streik auf. Der Streikgedanke ist gerade von den Sozialdemokraten von ihrem Dogma des Klassenkampfes aus gepredigt worden, wir aber haben immer den Gedanken vertreten, daß durch Einigungsämter und bei Staatsangestellten, insbesondere durch das Anhören der Staatsangestelltenorganisationen und eine entsprechende Fürsorge der Regierung Streikbewegungen vermieden werden sollen.

Wir bedauern es, wenn es zu solchen, etwas gewaltsamen Maßnahmen der Angestellten kommt, besonders in dieser kritischen Zeit. Schon zur Zeit der sozialdemokratischen Regierung war es gerade die sozialdemokratische Partei, die einen politischen Konfrestreik veranlaßt hat, von dem sie gehofft hat, daß er auf die ganze Welt übergreifen wird und bei dem schließlich der Effekt eingetreten ist, daß gerade das arme Deutschösterreich allein den Streik inszeniert hat und alle anderen Länder und Staaten diesen Streik von Haus aus abgelehnt haben. Wir sind also nicht diejenigen, die in dieser Richtung irgendwelche Schwierigkeiten hervorrufen.

Wenn dann davon gesprochen wurde, daß wir ja hier einen Einfluß haben, daß wir hier einen Präsidenten stellen und wenn Dr. Gürtler gemeint hat, wenn der Präsident Seiz einen Schnupfen bekommt und gleichzeitig auch der Präsident Hauser, dann sei sogar unser Vertreter im Präsidium das Staatsoberhaupt, so wäre das erstens einmal, meine sehr Verehrten, ein sehr bescheidener Einfluß, der von einem Schnupfen abhängt, aber ich bin überzeugt, auch da würde sich die Sache nicht so entwickeln. Wenn der Präsident Seiz einen Schnupfen bekäme, würde nicht einmal der Präsident Hauser in die Funktion eintreten, sondern es würde eben ein Ersatzpräsident von der sozialdemokratischen Partei gestellt werden, und wenn der Präsident Seiz dann gesund geworden ist, hätten wir eben,



weil der Ersatzpräsident schon einmal da ist, nicht mehr drei, sondern vier Präsidenten, den Präsidenten Seitz, den Ersatzpräsidenten der sozialdemokratischen Partei und etwa dann noch die zwei anderen. *(Heiterkeit.)*

Wir haben schon einen solchen Fall gehabt: als der Staatskanzler nach St. Germain gefahren ist, wurde ein Ersatzstaatssekretär des Innern eingeführt und Sie sehen, der Ersatzstaatssekretär des Innern erfreut sich noch immer einer sehr festen Stellung in der Partei und als Staatssekretär. *(Abgeordneter Schiegl: Der Staatskanzler hat doch das Äußere übernommen!)* Trotzdem. Wir sehen jedenfalls, daß in der Richtung immer für die Ersatzfunktionen vorgesorgt ist. Wir sehen das auch an der Zahl der Funktionäre und wir bedauern es, daß so viele Funktionäre gewählt sind. Wir bedauern das hauptsächlich auch des Eindruckes im Auslande wegen, denn das Ausland muß nach dieser Anzahl von hohen Staatsfunktionären annehmen, daß es uns mit dem Sparen nicht ernst ist, daß wir immer und immer wieder bereit sind, große Auslagen zu machen, daß wir uns niemals auf dem unseren bescheidenen Verhältnissen entsprechenden Fuß einrichten wollen, daß wir einen überflüssigen Aufwand treiben. Darauf hinzuweisen ist notwendig und ich kann mir betonen, daß es sich uns bei allen diesen Fragen durchaus nicht um persönliche, sondern um sachliche Fragen handelt, um den Eindruck, denn es nach außen macht, um das gute Beispiel hinsichtlich des Sparens im Innern. Wir wollen eben dadurch, daß wir sparsam sind, das Vertrauen des Auslandes, das wir verloren haben, wieder gewinnen und zeigen, daß wir zu einer geordneten Wirtschaft kommen wollen.

Und nun, meine verehrten Herren, das weitere Moment, das im Auslande und im Innern uns schweren Schaden zugefügt hat, ist das mißverständliche Schlagwort von der Sozialisierung. Diese Sozialisierung wurde eigentlich in der Arbeiterschaft so aufgefaßt, daß der Staat gibt und der Staatsbürger nimmt, und es wurde an einen unerschöpflichen Reichtum des Staates gedacht. Es wurde daran gedacht, daß man sich des fremden Eigentums nur so ohne weiteres zu bemächtigen in der Lage ist, es wurde die Sozialisierung geradezu mit dem Kommunismus verwechselt und das alles hat selbstverständlich unserem Ansehen und unserem Kredit im Ausland und im Inland außerordentlich geschadet. Es wurde dadurch jede selbständige Unternehmertätigkeit durch Monate hindurch lahmgelegt. Der Unternehmer hat nicht mehr eingegriffen, weil er der Meinung war, daß ja doch der Gewaltakt einmal kommt, durch den er einfach depossidiert wird. Er wollte infolgedessen die Beträge, die er zur Verfügung hat, nicht mehr in das Unternehmen hineinstecken und dadurch haben wir eine Menge

von schaffenden Geistern in der Produktion nicht am Werke gesehen, die uns viel rascher aus diesem Elend herausgebracht hätten. Wir haben darauf gesündigt, daß von oben aus, von der Ministerbank, die ganze Produktion einfach geleitet werden wird. So ist es eben nicht gegangen und es ist festzustellen, daß in der Richtung wohl auch ein großer Wandel der Anschauungen in der sozialdemokratischen Partei selbst eingetreten ist. Es ist, glaube ich, hoffentlich so weit, daß der Arbeiter heute weiß, daß die Sozialisierung nicht zu bedeuten hat, daß er über den Betrieb zu herrschen hat, sondern daß die Sozialisierung einen viel tieferen Gehalt hat, als er gemeint hat, und daß es nicht so einfach geht, daß er der unbeschränkte Gebieter über die Produktion ist.

Die Sozialisierung, meine Verehrten, bedeutet die Unterordnung des einzelnen unter die Interessen der Gesamtheit und diese Unterordnung bezieht sich eben dann nicht nur auf den Unternehmer, sie bezieht sich ebenso auf den Arbeiter und diese Unterordnung unter das Ganze in diesem sozialen Sinne muß angestrebt und muß durchgeführt werden. Der Grundsatz muß sein — nicht ich herrsche, nicht der Klassenkampf, der geradezu in einem Widerspruch mit der Sozialisierung ist, sondern es muß der Grundsatz sein: ich diene der Gesamtheit. Es darf nicht — und das ist ja, glaube ich, auch bei der Übernahme der Sozialisierungskommission durch den Staatssekretär Ellenbogen zum Ausdruck gekommen — ein falscher Syndikalismus sich breit machen, es müssen vielmehr die sozialen Gedanken zum Durchbruche kommen und das würden wir selbstverständlich auch auf das herzlichste begrüßen. In diesem Sinne mitzuarbeiten werden wir natürlich niemals verweigern. *(Sehr richtig!)*

Im Auslande aber, meine Verehrten, hat die Unsicherheit der Verhältnisse dazu geführt, daß man nicht das Vertrauen dazu gehabt hat, daß sich unsere Wirtschaft wieder erholen wird, und im Inland hat sie die Folge gehabt, daß viele Leute nur bemüht waren, ihre Geldbeträge wegzubringen, in fremde Währung umzutauschen, daß sie vor allem anderen tschecho-slowakisches Geld übernommen haben; das hat eine solche Verwüstung auf unserem Geldmarkt herbeigeführt, daß wir eben an den Folgen so schwer zu leiden haben. Die Leute arbeiten heute gewissermaßen nicht mehr in Österreich, sondern sie verlassen sich auf die Festigkeit der anderen Staaten und versuchen, ihr Geld in fremden Geldbeträgen, in fremder Valuta anzulegen und stören dadurch die Entwicklung unseres ganzen Staats- und Wirtschaftslebens. Das steht aber im Zusammenhang mit dem Schlagwort der Sozialisierung, mit dem Bestreben, die Unternehmertätigkeit auszuschalten. Und doch haben wir gesehen, daß wir diese schöpferische Unternehmertätigkeit für-



wahr brauchen. Selbstverständlich verlangen wir auch vom Unternehmer, daß er die volle Sorge für den Arbeiter übernimmt, daß er überall eingreift und daß er auch der Besteuerung im Inland zugänglich ist. So aber flüchten viele der reichen Leute infolge der Unsicherheit unserer Verhältnisse im Inland ins Ausland, sie verkaufen dort das österreichische Geld und dem haben wir es auch zuzuschreiben, daß die Krone in der Schweiz so tief gesunken ist. Wir haben alle reichen Leute, statt sie hier festzuhalten und zu besteuern, geradezu ins Ausland hinausgetrieben und diese Leute haben das inländische Geld in fremdes Geld umgewechselt und eben dadurch diese Deroute in unserem Valutawesen zu einem großen Teile herbeigeführt.

Was die Finanzwirtschaft anbelangt, so haben gerade wir uns bemüht, endlich einmal die Ordnung unserer Staatsfinanzen herbeizuführen. Wir haben im Finanzausschuß den Antrag gestellt, daß über Verordnungen Auskunft gegeben wird und wollten dort die finanziellen Fragen einer Vorberatung unterziehen. Was ist da geschehen? Da ist, meine Verehrten, der Präsident Seitz selbst im Finanzausschuß erschienen, um gegen ein solches Vorgehen Einspruch zu erheben. Er hat darauf hingewiesen, daß eine Vorlage nicht eingebracht ist, und daß der Ausschuß ohne eine Vorlage in irgendeine Aussprache nicht eingehen darf. Das war ein etwas engherziger Geschäftsordnungsstandpunkt, mit dem wir uns eben abfinden mußten und doch wäre es besser gewesen, wenn wir die Finanzfragen schon im Ausschuß, wenn auch nur einer vertraulichen Beratung unterzogen hätten und wenn wir dadurch darauf hingewirkt hätten, daß die Finanzreform beschleunigt worden wäre.

Es ist aber leider kostbare Zeit vertrödet worden und wenn ich im Finanzausschuße unlängst auf diesen Vorwurf von Herrn Dr. Adler zu hören bekommen habe, das hätte schon Dr. Steinwender machen sollen, so meine ich, es ist ein erheblicher Unterschied, ob die provisorische oder die konstituierende Nationalversammlung am Werke ist. Es ist auch ein erheblicher Unterschied, ob wir Ende Februar oder Ende Oktober schreiben. Es liegt eine lange Zeit zwischen der Entfernung des Dr. Steinwender und der heutigen Zeit, daß man wohl einsehen muß, daß das Ausland nicht das Vertrauen hat, daß wir aus eigener Kraft an die Ordnung unserer Finanzen herangehen werden. Diese Zeit hätte nicht verstreichen sollen und wenn wir hören, gerade von Dr. Steinwender hätte man es erwartet, so hätten Sie die Freiheit gehabt, uns die Verlegenheit zu bereiten, Dr. Steinwender in seinem Amte als Staatssekretär der Finanzen zu belassen. Ich bin überzeugt, daß dann nicht so viel Zeit verloren gegangen wäre. Aus dem Programm, das uns vorliegt, möchte ich nun vor allem einen

Punkt herausgreifen. In diesem Punkte wird bezüglich der Kriegsanleihen einfach erklärt, der Kurs, zu dem sie angenommen werden, wird unter dem Begebungskurse, jedoch mit Berücksichtigung der Belehnungsgrenze festzusetzen sein. Dieser eine Satz hat uns ungemein geschadet, denn in diesem Satze ist geradezu ein Vorläufer für den Gedanken eines Staatsbankrotts zu erblicken gewesen. Ich muß es begrüßen, daß der gegenwärtige Herr Staatssekretär in dieser Richtung eine weitaus bessere Formulierung in seinem Exposé gefunden hat. Ich bin überzeugt, wenn diese Formulierung in diesem Programm gewesen wäre und wenn der Herr Staatssekretär schon zu der Zeit, wo er seine Vorträge im christlichsozialen und sozialdemokratischen Klub gehalten hat, den Gedanken in dieser Weise formuliert hätte, daß uns eine schwere Erschütterung des Kredites erspart geblieben wäre, und ich nehme Kenntnis von der neuen Auffassung des Herrn Staatssekretärs.

Er hat nämlich in seiner Rede darauf hingewiesen, daß das Vermögensabgabegesetz die allgemeine Bestimmung enthalten wird, daß es dem Steuerpflichtigen freisteht, seine Abgabe im Verhältnis der Vermögenszusammensetzung in natura in gewissen marktgängigen Vermögenswerten zum Schätzungswerte abzustatten; das heißt, wenn ein Vermögen beispielsweise zu einem Viertel aus kurzfristigen Kriegsanleihen zusammengesetzt ist, so wird es diesem Abgabepflichtigen gestattet sein, ein Viertel seiner Abgabe in Schatzscheinen zu demselben Kurse abzuführen, zu welchem sie bei der Vermögensfeststellung eingesetzt worden sind. Das ist eine wesentlich verschiedene Auffassung, denn wenn erklärt wird, daß nur insoweit in Kriegsanleihe gezahlt werden darf, als der Betreffende Kriegsanleihe hat, daß er im übrigen aber von seinen anderen Vermögenswerten in Bargeld zu zahlen hat, so ist das eine Formulierung, die man von Haus aus nicht ablehnen kann.

Es läßt sich wohl noch weiter darüber sprechen, inwiefern die Kriegsanleihe noch weiter verwendet werden kann, und über den Kurs, zu dem sie verwendet werden kann. Sicher ist, daß es eine erhebliche Schädigung des Kredites wäre, wenn die Kriegsanleihe nicht voll angenommen würde, und dieser Schädigung des Kredites gegenüber müßten wir uns sehr ablehnend verhalten, denn dadurch würde geradezu die Moral und auch die Steuermoral in diesem Staate und der Kredit im Auslande wesentlich herabgedrückt. Der Staat hat nun einmal den Kredit bei seinen Steuerträgern in Anspruch genommen, und nachdem er das getan hat, muß er auch korrekt und ehrlich diesen Steuerträgern gegenüber sich verhalten.

Etwas ganz anderes ist es bezüglich der Kriegsanleihen, welche jetzt im Spekulationswege auf-



gekauft worden sind, und es fällt uns nicht im entferntesten ein, die Spekulanten, die die Kriegsanleihe zu einem niedrigen Kurse übernommen haben, irgendwie schützen zu wollen und dafür einzutreten, daß diese Spekulanten vielleicht zum Begebungskurs die Kriegsanleihe bei der Vermögensabgabe abzuliefern in der Lage sind. Eine solche Begünstigung des Spekulantentums liegt uns selbstverständlich fern. Im Gegenteil, wenn der Staat erklärt, daß er diese Kriegsanleihe zum Einkaufspreis an sich bringen will, wenn er das gesetzlich feststellen will, so werden wir nicht das geringste dagegen einzuwenden haben. Ich sehe nicht ein, warum diese Leute, die ohnehin den hohen Zinsfuß haben, auch noch eine besondere Begünstigung bei der Einlösung der Kriegsanleihe haben sollen. Wenn man in dieser Richtung etwas unternehmen wollte, so müßte es selbstverständlich rasch geschehen, damit nicht die Spekulation in diesen Papieren weitergeht und die gegenwärtigen Besitzer dieser Kriegsanleihen, die sie zu so niedrigen Kursen angekauft haben, dann schon einen Riesengewinn eingestrichen haben.

In dieser Beziehung ist irgendeine Schonung gewiß nicht am Platze. Im Interesse der öffentlichen Moral müssen wir aber jeden Gedanken an einen Bankerott von Haus aus ablehnen.

Ich will, besonders nachdem auch die Herren Dr. Bauer, Dr. Gürtler und Friedmann sich mit dieser Frage beschäftigt haben, ins Detail des ganzen Finanzeposés nicht eingehen. Ich stimme übrigens dem Herrn Staatssekretär zu, daß ein Urteil über das ganze Finanzprogramm erst gefällt werden kann, wenn die Vorlagen vor uns liegen.

Das Prinzip der einmaligen Vermögensabgabe ist ein durchaus richtiges und für dieses Prinzip treten wir selbstverständlich ein. Sehr wesentlich aber wird es natürlich sein, in welcher Weise es zur Durchführung gebracht wird, sehr wesentlich, daß die Produktionskraft nach Möglichkeit geschont wird. Wir werden ja sehen, welcher Vorgang vom Herrn Staatssekretär für Finanzen vorgeschlagen werden wird. Das Wichtigste ist aber, daß endlich einmal dem Ausland gegenüber unser ernstester Wille zum Ausdruck kommt, daß wir eine innere Finanzordnung wieder herstellen wollen. Ich bin der Meinung, das eine solche Wiederherstellung tatsächlich möglich ist. Wir haben ja einen großen papiernen Turm von Kriegsanleihen und Banknoten aufgebaut und diesen in entsprechender Weise abzutragen, unter Schonung der Einzelnen, kann nicht unmöglich sein, obwohl es auf dem ersten Blick bei den ungeheuren Summen, die da in Betracht kommen, geradezu unmöglich erscheint. Schonung des Schwachen, Heranziehung des Starken in entsprechender Weise, das müssen hier die Grundprinzipien sein. Wir müssen aber verlangen,

daß rasche Arbeit gemacht wird, es ist schon zu viel Zeit veräunt worden.

Da möchte ich auch ein Wort zur Frage der Notenbank sprechen. Da scheint mir das Programm der Koalition auch etwas unsicher zu sein. Es heißt hier nämlich: „Die Herstellung einer wertbeständigen Währung ist mit aller Kraft anzustreben. Eine Notenbank ist ohne Verzug zu errichten, sobald der erforderliche Goldschatz oder Devisenvorrat durch eine Valutaanleihe beschafft werden kann.“

Ich kann nur dem ersten Satz zustimmen: die Notenbank ist ohne Verzug zu errichten. Wir können da nicht zuwarten, gewiß nicht so lange, bis vielleicht ein Goldschatz oder eine Valutaanleihe beschafft ist, denn wir brauchen auch zur inneren Ordnung eine Notenbank. Wir werden mit unseren gegenwärtigen Banknoten auf die Dauer nicht auskommen, wir werden insbesondere riskieren, daß die Noten aus dem tschechischen Gebiete, die Kronennoten und Zweikronennoten, zu uns zurückströmen, sobald dort die innere Ordnung geschaffen wird, wenn sie dort eingezogen werden. Der Verschluß der eingezogenen Noten ist zu unsicher. Wir könnten mit vielen Millionen Papiergeld durch die Tschechoslowaken überschwenmt werden, wenn diese ihre eigenen Noten gedruckt haben. Wenn wir schon gezwungen sind, hier Ordnung zu machen, ist es wohl notwendig, daß wir auch hier sehr rasch Ordnung schaffen.

Wir müssen den inneren Kredit und den Auslandskredit unterscheiden. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen brauchen wir selbstverständlich einen starken Auslandskredit. Diesen können wir aber nur schaffen, wenn das Ausland wieder Vertrauen zu uns gewinnt. Dadurch, daß wir Vermögenswerte abverkaufen, werden wir einen Kredit selbstverständlich nicht erzielen. Denn wenn der auswärtige Spekulant sieht, daß er in viel sicherer Weise sein Kapital spekulativ anlegen kann durch den Ankauf von österreichischen Vermögenswerten, dann wird er sich überlegen, uns einen Kredit zu geben, der ihm immerhin etwas weniger sicher erscheint als die sofortige Übernahme von Vermögenswerten. Wir haben daher auch bedauert, daß wir den Gesegentwurf, betreffend den Verkauf von Vermögenswerten, in so eiliger Weise verabschiedet haben, denn wir erschüttern dadurch unseren Kredit, wir erschüttern die Lust, uns Kredit zu gewähren, und das halten wir selbstverständlich für verfehlt.

Im übrigen aber möchte ich einen Grundsatz hinsichtlich der Finanzreform aussprechen. Ich meine, bei dieser Finanzreform muß ein leitendes Prinzip die Angleichung unserer Steuerverhältnisse an die des Deutschen Reiches sein. Diese Angleichung ist notwendig, um uns auch konkurrenzfähig zu halten.



Sie ist wünschenswert, weil es ja gar nicht entsprechend ist, daß wir erheblich mehr belastet werden als das Deutsche Reich. Allerdings wissen wir, daß eine Mehrbelastung unter allen Umständen eintreten wird und wir werden es bei dieser Gelegenheit eben wieder sehr böß empfinden, daß wir den Anschluß an das Deutsche Reich nicht haben vollziehen können.

Im übrigen muß ich noch auf eines kurz hinweisen. Herr Dr. Bauer hat erklärt, daß es den Sozialdemokraten fern liege, irgendwie das Einstürmen fremden Kapitals in unser Gebiet hintanzuhalten. Wir nehmen davon Kenntnis. Allerdings scheint es mir, daß dieser Gedanke eigentlich ein vollständiges Aufgeben jeder staatlichen Einflusnahme auf das Kapital ist; denn das fremde Kapital wird sich von Österreich nicht viel sagen lassen, es wird nur dort irgendeine Anlage suchen, wo es auch vom Zugriff unseres Fiskus unabhängig ist und da, meine ich, ist es für uns jedenfalls notwendig, daß wir vor allem anderen versuchen, durch die möglichste Freigabe der Unternehmertätigkeit im Inlande die Produktion bei uns zu beleben und daß wir bezüglich der Produktion im Inlande vor allem anderen die reichsdeutsche Hilfe in Anspruch nehmen. Deutschland hat sicher ein viel größeres Interesse an der Belebung der Produktion hier bei uns, als irgendein fremder Staat. Deutschland wird auch bereit sein, sich mit einem geringeren Gewinn zufrieden zu geben, aber für das übrige Ausland, für Frankreich, England und Amerika sind wir, wie ja auch Dr. Bauer dargelegt hat, ein viel zu untergeordnetes Spekulationsobjekt, als daß sich die fremden Kapitalisten darum besonders bemühen würden. Insofern sie sich aber darum bemühen, werden sie natürlich bestrebt sein, hier zu einer solchen Macht zu kommen, daß auch unser Arbeiter nicht mehr geschützt sein wird, daß wir nicht mehr einwirken können auf die Lohnverhältnisse unserer Arbeiter und daß damit überhaupt von vornherein vieles von der Entwicklung zunichte gemacht wird, die auch wir anstreben. Wir wollen also, wenn wir es kurz aussprechen: Hebung der inneren Produktion mit allen Mitteln unter Einwirkung der Staatsgewalt, unter möglichstem Entgegenkommen derselben den inländischen Unternehmern gegenüber, und da ist es vor allem anderen notwendig, daß auch das Eigentum sich wieder sicher fühlt, daß die Leute wieder Freude an der Arbeit haben und daß auf diese Weise Vorsorge getroffen wird, daß möglichst viele Personen sich produktiv betätigen. Diese produktive Betätigung brauchen wir auch im Interesse der Arbeiter. Der Arbeiter ist ja leider in einen Kampf gegen den sogenannten Kapitalismus in dem Sinne hineingeheßt worden, daß darunter nicht nur die ausbeutende Tätigkeit des Kapitalisten, sondern jede Unternehmertätigkeit verstanden wurde.

Und doch, meine Verehrten, kann man auf folgendes hinweisen: Viele Unternehmer haben sich wirklich dauernde Verdienste erworben, sie haben — man braucht nur nach Berndorf hinunterzusehen, wenn man einmal nach Pottenstein geht — große Werke geschaffen, die viele Arbeiter beschäftigen. Berndorf zum Beispiel wurde eigentlich von einem Unternehmer geschaffen und wenn auch dieser eine Unternehmer sich in mancher Richtung den Arbeitern gegenüber nicht immer sozial gezeigt haben mag, ist doch eines festzuhalten: Dieser Unternehmer hat tausenden und tausenden Arbeitern Beschäftigung gegeben, dieser Unternehmer hat uns einen ziemlich ertragreichen Export ins Ausland eröffnet. All das wäre auf dem Wege einer einseitigen Sozialisierung niemals möglich gewesen; es ist eben die private Initiative in dieser Richtung sehr wichtig und sehr bedeutungsvoll und man soll sie nicht ausschalten, weil eben viele Hände dadurch Beschäftigung finden und weil wir dadurch eben wieder in der Lage sind, unsere Zahlungsbilanz zu verbessern, weil wir in die Lage kommen, mit dem Ausland Geschäftsverbindungen anzuknüpfen.

Es ist ja darauf hingewiesen worden, daß vielfach eine mittlere Linie zwischen der einseitigen Sozialisierung und einem einseitigen Unternehmerstandpunkt gesucht werden muß. Wir wollen die Einflusnahme auf den Unternehmer zugunsten unserer Arbeiter und wir wollen natürlich auch die Unternehmer entsprechend zur Steuerleistung herangezogen haben. Dadurch ist eben auch sichergestellt, daß die ganze Entwicklung dann im Interesse der ganzen Bevölkerung vor sich geht.

Weiters wollen wir in unserem Lande Freiheit und Ordnung haben, zwei Begriffe, die natürlich erst zusammen das Richtige ergeben, nicht etwa liberale Prinzipien, wie sie in der Vergangenheit gewesen sind, eine Ausnutzung der Masse durch das Kapital. Nein, wir wollen in dieser Richtung hin eine soziale wirtschaftliche Arbeit und diese muß der deutschen Eigenart entsprechend ausgestaltet sein. Wir sind einmal unterschieden von den anderen Nationen und diesem Unterschied entsprechend muß auch die Arbeitsorganisation eine verschiedene sein.

Ich möchte in dieser Richtung darauf hinweisen, daß leider dadurch, daß wir den Krieg verloren haben, viele Möglichkeiten einer sozialen Entwicklung unterbunden worden sind. Wenn Deutschland in dem Kriege gesiegt hätte, dann wäre das Sozialisierungsprinzip wohl durch die Welt gegangen. Da aber Frankreich, England und Amerika gesiegt haben, hat damit auch das kapitalistische Prinzip gesiegt und der Sieg des kapitalistischen Prinzips hat leider die schwersten Rückwirkungen auch auf unser Gebiet. Es war eben ein furchtbarer, folgenschwerer Fehler unserer Arbeiterschaft, daß sie in diesem Kampfe nicht verstanden hat, um



was es sich gehandelt hat, daß sie sich durch Schlagworte hat leiten lassen und daß sie infolgedessen viel dazu beigetragen hat, daß wir diesen Krieg leider nicht gewonnen haben. Wenn wir nach Stockholm eingesezt, nach Stockholm der ganzen Bevölkerung klar gemacht hätten, worum es sich handelt, wenn wir ihr klar gemacht hätten, daß die Vereinigung des Proletariats zur Beendigung des Krieges und Herbeiführung einer neuen Wirtschaftsordnung nicht möglich ist, wenn wir in dieser Weise das ganze Volk zusammengeschlossen hätten, wenn damals die Sozialdemokraten in die Regierung eingetreten wären, dann wären wir auf dem Gebiete der sozialen Neuordnung sicher um vieles weiter gekommen als dadurch, daß die Sozialdemokraten erst den Umsturz und unsere Niederlage abgewartet haben.

Und nun noch ein Wort. Wir haben mit dem Herrn Staatskanzler auch noch etwas besonderes auszusprechen. Der Herr Staatskanzler hat in einer Rede in den Mariensälen sich sehr scharf über die Parteienverhältnisse in diesem Hause ausgesprochen. Er hat gemeint, wer mit der Koalition unzufrieden ist, müsse sich an die Wählerschaft, an jene wenden, die den bürgerlichen Mischmasch oder christlichsozial gewählt haben. Ich glaube, daß das der Würde des Staatskanzlers und seiner Stellung nicht entspricht (*Zustimmung*), ich glaube, daß der Herr Staatskanzler wohl eine gewisse Rücksicht auch uns gegenüber üben sollte und daß gerade solche Worte aus seinem Munde unpassend sind. Wir überlassen es ihm, ob er uns eine Genugtuung für diese Bezeichnung geben wird. Das aber ist ganz sicher, daß dieser bürgerliche Mischmasch hier im Hause immer in ernster Weise gearbeitet hat und ernst zusammengeschlossen ist und daß eine solche Bezeichnung nicht am Plage ist, sondern im Gegenteil, ich glaube, es ist gerade diese mittlere Gruppe viel einheitlicher und geschlossener in sich als manche andere Gruppe. Ich möchte das insbesondere hinsichtlich der sozialdemokratischen Partei sagen. Es ist kein Zweifel, daß in der sozialdemokratischen Partei zwei Flügel bestehen, die einander ziemlich scharf in ihren Auffassungen entgegengesetzt sind. Es ist das der linksstehende Flügel, dessen Programm ich nicht weiter entwickeln will, und der rechtsstehende Flügel. Wir wissen auch, warum der Herr Staatskanzler in dieser Beziehung so scharf gesprochen hat. Er hat es getan, um seine Stellungnahme zu rechtfertigen, die ja in weiten Kreisen der Arbeiterschaft nicht sympathisch aufgenommen wurde. Wir wissen, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft gerade uns nicht mit Antipathie gegenübersteht, im Gegenteil, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft und der sozialdemokratischen Partei es begrüßt hätte, wenn ein näheres Zusammenarbeiten gerade mit

uns sich ergeben hätte. Nun hat der Herr Staatskanzler, und dafür sind wir ihm dankbar, darauf hingewiesen, daß es der sozialdemokratischen Partei um eine Zusammenarbeit gar nicht zu tun gewesen ist. Denn in früherer Zeit wurden die Verhältnisse oft so dargestellt, als ob wir uns aus Bequemlichkeit der Arbeitsleistung entziehen würden. Er hat ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich darum gefragt hat, ob mit den Christlichsozialen oder mit den Großdeutschen gearbeitet werden könne, eine Wahl, die nicht sehr erfreulich sei. Er meinte, für die Sozialdemokraten war die Frage maßgebend, welche von den beiden Parteien eine geschlossene Gesinnungsgemeinschaft bildet und Bürgerschaft bietet, daß sie den eingegangenen Vertrag hält. Das kleine Häuflein der Großdeutschen, das sich nach seinen Ausführungen zum Teile auf die Bourgeoisie, zum Teile auf Agrarier stütze, habe infolge seiner inneren Verfassung nicht in Betracht kommen können; dieser Rest des Nationalverbandes sei keine Partei, mit der man Verträge schließen könne. Allerdings in kulturellen und Ehrengeschäften sei ein Anschluß denkbar, auch in der Frage des Anschlusses an Deutschland, den uns aber die übermächtige Entente verboten habe.

Ich muß demgegenüber offen sagen, ein Mitarbeiten, wie es sich ein Teil der Sozialdemokraten vorgestellt hätte, wäre von uns nicht zu haben gewesen; daß wir einfach mitlaufen und mitdecken, was geschieht, dabei aber so wenig Einfluß haben, wie die christlichsoziale Partei bisher, wäre mit unseren Grundsätzen nicht verträglich gewesen.

Bezüglich des Mischmasches muß ich eines sagen: Wir sehen, daß gerade in der sozialdemokratischen Partei zwei entgegengesetzte Prinzipien vielfach um die Herrschaft ringen und es scheint mir, daß die sozialdemokratische Partei geradezu die Politik der Penelope macht. Allerdings ist es bei der fortgeschrittenen Arbeitseinteilung so eingerichtet, daß die Penelope bei Tag Dr. Bauer ist, die Penelope bei Nacht der Staatskanzler Dr. Renner. Bei Tag wird der Anschluß mit Deutschland gemacht, bei Nacht wird die Sozialisierung gemacht. Bei Nacht aber löst der Staatskanzler wieder das ganze Gewebe, das mühsam erarbeitet worden ist, auf, er macht durch seine Orientierung nach dem Westen den Anschluß an Deutschland zunichte und er macht die Sozialisierungsarbeit zunichte, indem er erklärt, Schulden lassen sich nicht sozialisieren. Er hat in der früheren Regierung diese frühere Arbeit als Staatskanzler gedeckt und dann kommt der nächste Staatskanzler, wieder in der Person des Dr. Renner, und dieser Staatskanzler macht die entgegengesetzte Politik. Dr. Bauer geht, Dr. Renner bleibt.

Es ist das eine ganz sonderbare Haltung, die da eingenommen wird und ich überlasse es der



sozialdemokratischen Partei, diese Arbeitsleistung entsprechend zu beurteilen. Ich will nur auf eines hingewiesen haben: sicher ist, daß sich durch eine solche Politik die Achtung vor der Partei im Inlande und Auslande nicht heben wird, daß es viel zweckmäßiger gewesen wäre, wenn eben die sozialdemokratische Partei, die in ihren wichtigsten Fragen, in Stockholm bei der Herbeiführung des Friedens, in der Frage der Weltrevolution, auf die sie gehofft hat, in der Frage des Anschlusses an Deutschland, in der Frage der Sozialisierung Schiffbruch gelitten hat, gesagt hätte, daß unter solchen Umständen eine Fortführung der Geschäfte nicht möglich ist.

Nun muß ich aber in dieser Richtung auch auf die Vorwürfe von der anderen Partei hinweisen, das ist die christlichsoziale Partei. Die christlichsoziale Partei hat ja auch in der Vergangenheit vielfach versucht, darauf hinzuweisen, daß die Großdeutschen nicht arbeitswillig sind. Nun ist aber diese Sache auch wieder durch einen Redner hier geklärt worden — es war Herr Dr. Gürtler —, der ein ganz offenes Programm in dieser Beziehung entwickelt hat. Er hat gemeint: Ja, die Großdeutschen würden es sehr gerne sehen, hier das Zünglein an der Wage zu sein, in den kulturellen Fragen mit den Sozialdemokraten zu gehen und in den wirtschaftlichen Fragen mit den Christlichsozialen. Nun, wie steht es denn da? Wir, meine Herren, wie wir hier im Hause versammelt sind, sind ein Abbild der Stimmung, der politischen Anschauungen der ganzen Bevölkerung. *(Rufe: Aber! Oje! — Gelächter.)* Es gibt nun einmal drei große Geistesrichtungen — wenn Sie wollen, politische Richtungen — in der Bevölkerung. Die eine Richtung ist die sozialdemokratische, das ist der Standpunkt des Klassenkampfes, des Klassenhasses, das ist der Standpunkt des inneren Kampfes, der Standpunkt der Unterdrückung der übrigen, anders gesinnten Bevölkerung, der Kampf im Inlande; auf der anderen Seite eine volle Ergebenheit vor dem Auslande, das Ausland darf sich mit dieser Partei erlauben, was es will. Vor dem Ausland erscheint der Vertreter dieser Partei, Herr Dr. Renner, in aller Bescheidenheit und in aller Demut und so auch die ganze sozialdemokratische Partei. Also Kampf im Innern, aber, meine Verehrten, ein schwaches Nachgeben gegenüber dem Auslande.

Die zweite Richtung, meine Herren, ist die starke christlichsoziale Richtung. Das ist die Partei, welche nach unserer Meinung in etwas einseitiger Weise die christliche Religion zur Grundlage ihrer Betätigung macht. Sie vergißt dabei, daß auch die christliche Religion sehr verschieden ist nach den Völkern, die sich zu ihr bekennen. Die besten Bekenner der christlichen Religion sind die Deutschen. Die Deutschen sind ja so weit gegangen, daß

sie sogar gemeint haben, für den Papst und für die päpstliche Herrschaft eintreten zu müssen. Diese Richtung hat uns in der auswärtigen Politik der Vergangenheit sehr große Schwierigkeiten gemacht, sie hat ein entsprechendes Verhältnis zu Italien niemals zur Entwicklung kommen lassen, da sie das Mißtrauen Italiens hinsichtlich unserer Stellung zum Papste immer wach erhalten hat — diese Richtung hat es verhindert, daß der frühere Kaiser Franz Josef einmal den Weg nach Rom gefunden hätte, um dort den Besuch, den ihm der König von Italien gemacht hatte, zu erwidern, diese Richtung hat uns infolgedessen in der auswärtigen Politik durch einseitige politische Religiosität sehr schweren Schaden zugefügt.

Die dritte politische Richtung ist die nationale Richtung. *(Rufe: Ist das überhaupt eine Richtung? — Oder die nationalen Richtungen!)* Meine Herren, wenn die Nationalen es in der Vergangenheit geliebt haben, jede Auffassung womöglich parteimäßig nach außen hin zum Ausdruck zu bringen, so ist das sicher nur eine innere Angelegenheit dieser Gruppe. Was Sie „Flügel“ nennen, ist bei uns Partei genannt worden und ich kann nur die Versicherung geben, Sie werden eine erhebliche Verbesserung der Verhältnisse erleben, Sie werden eine sehr einheitliche Parteirichtung, eine geschlossene Richtung erleben, denn grundsätzlich gibt es eben nur eine nationale Richtung und das ist die Auffassung, daß sich das wirtschaftliche und soziale Leben entsprechend der Eigenart des Volkes unabhängig von fremden Nationen entwickeln muß. Das ist die Richtung, die weniger vom Auslande etwas erwartet als von der inneren Entwicklung und von der inneren Reinigung des Volkes, die Richtung, die natürlich für die Massen des deutschen Volkes eintreten muß, wenn sie national sein will, nicht vielleicht für irgendwelche besitzenden oberen Schichten, weil eben das Volk aus den Massen besteht, die also für die Massen des Volkes sorgen muß, die also von einem streng deutschen und sozialen Geiste erfüllt sein muß. Diese Richtung vertreten wir und werden wir geschlossen vertreten. Die Bevölkerung wird in der Zukunft wieder zum Worte kommen und ich kann Ihnen nur das eine sagen: was wir von diesem Hause wünschen und gewünscht hätten, ist, daß es rasche Arbeit leistet, daß es endlich einmal die Konstitution, die Verfassungsreform, die durch Monate hindurch verschleppt worden ist, und auch die Finanzreform durchführe, weil sie die Grundlage ist für den Kredit nach außen und für die wirtschaftliche Entwicklung im Innern.

Wenn diese großen konstituierenden Aufgaben erfüllt sind, dann hat die Funktion dieses Hauses ihr Ende erreicht und wir wünschen, daß sie bald ihr Ende erreicht. Und dann, meine verehrten



Herren, dann kommen die Neuwahlen sobald als möglich und dann werden wir sehen, ob Ihr Lachen über die nationale Partei am Plage war oder ob dann nicht etwa eine kräftige deutsche und soziale Richtung in den Massen des deutschen Volkes erwacht. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

**Präsident Dr. Dinghofer:** Zum Worte ist weiter gemeldet der Herr Abgeordnete Richter; ich erteile ihm das Wort.

**Abgeordneter Richter:** Hohes Haus! Meine Frauen und Herren! Wir würden bei Abführung dieser politischen Debatte eine schwere Unterlassungssünde begehen, wenn wir nicht einer der politisch wichtigsten Fragen unser Augenmerk zuwenden würden: der Frage der Heimbeförderung unserer Kriegsgefangenen. Wir haben seit den Tagen des Waffenstillstandes, der sich jetzt bald jähren wird, ununterbrochen unsere Stimme erhoben, um es möglich zu machen, daß man in den Ländern der Sieger einsehen lernt, daß es eine Pflicht und ein Gebot der Menschlichkeit ist, jener Zehntausende und Hunderttausende zu gedenken, die als die unglücklichsten Opfer dieses Krieges heute noch in Gefangenschaft schmachten und für die heute, nach Ablauf eines vollen Jahres Waffenruhe noch immer keine Möglichkeit aufscheint, die Heimat und damit ihre Angehörigen wiederzusehen. Es ist nur begreiflich, daß draußen in der Bevölkerung, in den Reihen der Angehörigen, die Sorge um ihre Lieben immer größer wird und daß diese Sorge einer Beunruhigung Platz macht, die auch die Ruhe und Ordnung in unserem Staatswesen gefährdet. Wir hören Tag für Tag und Woche für Woche die schrecklichsten Hilferufe der Gefangenen aus den verschiedenen Teilen der Erde zu uns dringen und sind eigentlich so gut wie ohnmächtig, hier irgendeine Hilfe zu bringen. Seit einem Jahre haben wir Waffenstillstand, im Mai dieses Jahres wurde der Friedensvertrag unserer Delegation überreicht, am 6. September d. J. haben wir die Unterzeichnung des Friedensvertrages hier in diesem Hause beschlossen, am 17. Oktober wurde die Ratifizierung hier beschlossen und ununterbrochen und immer wieder haben wir die ganze Zeit, von dem Tage an, wo die Nationalversammlung durch ein besonderes Gesetz eine Staatskommission für Kriegsgefangenenangelegenheiten geschaffen hat, dazu benützt, um als das mahnende Gewissen in der Welt der Entente die große und schwere Verantwortung, die ihr damit aufgeladen wird, vor Augen zu führen. Alle unsere Versuche, irgendeinen nennenswerten Erfolg in der Frage des Heimtransportes der Kriegsgefangenen zu erzielen, sind gescheitert — gescheitert an dem starren Nein der derzeitigen Herren der Welt, gescheitert an dem starren Nein

der Vertreter der Entente. Wir haben zu wiederholtenmalen, schon in den Tagen des April und Mai den Versuch unternommen, durch direkte Verbindung mit den diversen Ententemissionen in Wien die Frage der Heimbeförderung der Kriegsgefangenen zur Sprache zu bringen.

Immer und immer wieder, was wir auch versucht haben, hat man uns entgegengehalten: Nicht früher kann über die Frage des Heimtransportes der Kriegsgefangenen geredet werden, bevor nicht der Friedensvertrag unterzeichnet, bevor er nicht ratifiziert ist. Das war sowohl bei den Franzosen wie bei den Engländern, bei den Italienern wie bei den Südslawen, das war bei jeder einzelnen Vertretung der fremden Staaten hier in diesem Lande — überall und immer hieß es: Kein Rücktransport, bevor die Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages nicht bereinigt ist.

Wir haben dann, als wir hier in der Nationalversammlung die Unterzeichnung des Friedensvertrages beschlossen, eine Resolution angenommen, in der wir den Hohen Rat in Paris aufgefordert haben, auf dem Artikel 160 des Friedensvertrages nicht zu bestehen, der besagt, daß erst der Friedensvertrag in Kraft treten müsse, bevor die Kriegsgefangenen heimgeschickt werden könnten. Wir haben gebeten, auf diesem Artikel 160 nicht zu bestehen, wir haben das in Noten durch das Auswärtige Amt dem Hohen Räte der Friedenskonferenz übermittelt, wir haben in dringenden Telegrammen um Antwort und um Erledigung gebeten und keine Antwort ist von dieser Seite erfolgt. Wir haben natürlich außer den Noten und Telegrammen, die wir direkt an die Friedenskonferenz gesandt haben, den Versuch unternommen, durch Einwirkungen aller Art auf die Friedenskonferenz es zu ermöglichen, daß die im Artikel 161 des Friedensvertrages festgesetzte Hauptkommission, die sich mit der Frage des Rücktransportes zu befassen haben wird, sofort eingesetzt wird, und haben das internationale Rote Kreuz in Genf dafür interessiert. Das internationale Rote Kreuz hat in dankenswertester Weise eine Demarche bei der Friedenskonferenz unternommen, allerdings mit dem negativen Erfolge, daß bis heute noch immer keine wie immer geartete offizielle Mitteilung seitens der Friedenskonferenz, seitens des Hohen Rates an uns gelangt ist. In einer Zeit, in der Tag für Tag aus Sibirien, aus Rußland, aus Italien und Serbien und von überall her Briefe und Botschaften an Eltern und sonstige Angehörige kommen: Trachtet doch, alles zu tun, um uns von dem Elend der Kriegsgefangenschaft zu befreien, denn ein sechster sibirischer Winter wird für Zehntausende den sicheren Tod bedeuten, in einer solchen Zeit ist es ganz selbstverständlich, daß wir immer und immer wieder in unserer Ohnmacht nichts anderes können, als neuerlich uns an die Mächte,



die heute die Herren der Welt darstellen, mit der Bitte zu wenden, endlich einmal jene Hauptkommission zusammentreten zu lassen, die für die Frage des Rücktransportes der Kriegsgefangenen das entscheidende Wort zu sprechen hat.

Durch den Wahnsinn dieses Krieges sind die Kriegsgefangenen unseres Landes in der ganzen weiten Welt zerstreut. Wir haben Kriegsgefangene nicht nur in England und Frankreich, in Italien und Serbien, in Rumänien und Mazedonien, in Griechenland und Albanien — nein auch in Ägypten und Syrien, in Rußland und Sibirien, in Turkestan, in China und Japan und durch die glorreiche Idee, daß wir mit der ganzen Welt Krieg führen können, haben wir sogar in Afghanistan Kriegsgefangene — Kriegsgefangene in den verschiedensten Ländern, natürlich in verschiedenen Situationen.

Die Frage der Heimbeförderung der Kriegsgefangenen bewegt natürlich die Angehörigen so ununterbrochen, daß sie in ihrem Schmerze und in ihrer Angst und Sorge der Meinung Ausdruck geben, daß von seiten unserer Regierung nicht alles unternommen würde, was unternommen werden könnte und müßte, um den Heimtransport der Gefangenen in die Wege zu leiten. Und so wird Tag für Tag in immer gehäufterer Form Beschuldigung um Beschuldigung erhoben, daß hier im eigenen Lande die Schuld sei, daß die Kriegsgefangenen nicht nach Hause kommen können.

Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um von der Tribüne dieses hohen Hauses einmal aufzuzeigen, was eigentlich tatsächlich an der Nichterfüllung jenes brennenden Wunsches der Angehörigen, ihre Lieben in der Heimat wiederzusehen, schuld ist. Vor allem der Standpunkt der Siegerstaaten, nicht früher über die Frage des Heimtransportes zu reden, bevor nicht der Friedensvertrag unterzeichnet sei. In manchen Belangen nimmt dieses starre Nein geradezu groteske Formen an.

Ich werde mir gestatten, aus der Fülle des Materials einige besonders trasse Dinge herauszuheben. England, das große übermächtige England hat beispielsweise auf Malta 83 deutschösterreichische Zivilgefangene und 3 Kriegsgefangene interniert. Alle anderen Nationen, Tschecho-Slowaken, Polen, Jugoslawen usw., die ebenfalls auf Malta interniert waren, sind längst ihrer Heimat zurückgegeben worden, diese 86 Menschen aber werden von England zurückgehalten, weil sich England auf den Standpunkt stellt, bevor der Friedensvertrag nicht in Kraft getreten sei, könne über den Rücktransport nichts verfügt werden. Wir haben zu wiederholten Malen durch die englische Mission in Wien, durch das internationale Rote Kreuz in Genf, durch unseren Gefangenendienst in Bern, durch unsere

Delegierten bei der Friedenskonferenz in Paris usw., durch den verdienstvollen Leiter der Friedensdelegation, Generalleutnant Slatin in London direkt die Frage nach der Rücksendung jener wenigen armen Unglücklichen gestellt, die vier und fünf Jahre auf Malta aus keinem anderen Grunde, als daß sie Deutschösterreicher waren, interniert wurden, und immer und immer wurde uns geantwortet, daß die Rücksendung nicht erfolgen könne, bevor nicht der Friedensvertrag in Kraft getreten ist. In den letzten Wochen wird uns auf jede Intervention gesagt, in wenigen Tagen werden die Leute zurückkommen. Dasselbe gilt für einige wenige Hundert in England zurückgehaltene Kriegsgefangene. Ununterbrochen und immer wieder wird uns erklärt, in wenigen Tagen werden die Leute kommen, aber es verstreicht Woche um Woche und Monat um Monat, ohne daß diese wenigen Leute der Heimat zurückgegeben sind.

Und nun ein Beispiel aus Serbien: In Nisch sind 175 Mannschaftspersonen und 23 Offiziere gefangen gehalten. Es vergeht keine Woche, daß nicht in irgendeiner Zeitung unserer Stadt oder unseres Landes ein Brief der Kriegsgefangenen aus Nisch veröffentlicht wird, in dem sie mit den schwersten und bittersten Worten darüber Klage führen, daß sie die Vergessenen seien, daß die deutschösterreichische Regierung kein Verständnis für ihre Leiden zu haben scheine und daß man ihrer dort unten einfach vergesse, sie verkommen lasse.

Ein Beispiel, ein Schulbeispiel förmlich, wie diese Dinge gehandhabt werden, ist folgendes: Wir haben, als wir aus den Kärntner Kämpfen eine Reihe von Zivil- und Kriegsgefangenen hatten, mit der jugoslawischen Regierung, mit der Regierung des S. J. S.-Königreiches Unterhandlungen gepflogen, um den Austausch dieser Gefangenen durchzuführen. Der Austausch dieser Gefangenen ist vor sich gegangen und wir haben die Gelegenheit wahrgenommen, dabei zu verlangen, man möge auch die wenigen Menschen, die in Nisch interniert sind, gleichzeitig beim Austausch befreien. Die hiesige Delegation, der hiesige Gesandte Bogacki, der den meisten der Parlamentarier des alten Hauses genügend bekannt ist, der vormalige Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, hat zugesagt, daß diese wenigen Leute in der aller kürzesten Zeit zurückkommen werden, daß er sich bei seiner Regierung dafür verwenden werde. General Marinović, der Vertreter der serbischen Militärmission in Wien, hat gleichfalls das Versprechen gegeben, daß er sich bei seiner Regierung in Belgrad dafür verwenden werde, diese wenigen Leute zurückzubringen. Ja, die Dinge sind so weit gegangen, daß wir einmal sogar ein amtliches Communiqué seitens der serbischen Militärmission in Wien erhalten hatten, daß am 30. September der Austausch dieser wenigen Kriegsgefangenen in Spielfeld vor sich gehen werde, und



wir hatten natürlich nichts Eiligeres zu tun, als diese erfreuliche Tatsache den Angehörigen der in Serbien in Kriegsgefangenschaft Gehaltene mitzuteilen. Als dann der Oberstleutnant Fock, der Delegat des Dänischen Roten Kreuzes, der die Übernahme dieser wenigen Leute hätte vollziehen sollen, zurückkam und erklärte, daß die Leute wieder nicht in Spielfeld waren, und wir beim General Marinović vorsprachen, hat man uns mit großen Augenrädern angesehen und hat gesagt: Was, die Leute sind wieder nicht gekommen? Da muß man sich natürlich sofort wieder nach Belgrad wenden und fragen, warum die wenigen Leute nicht ausgetauscht werden. Die Antwort darauf war, man könne den Rücktransport dieser 175 Mann und dieser 23 Offiziere insoweit nicht durchführen, als nicht vom Hohen Rat in Paris der strikte Auftrag dazu erteilt werde.

Dieselbe Sache, meine sehr Verehrten, gilt auch für alle anderen. Italien — und das möchte ich zur Ehre der italienischen Nation hier gesagt haben — ist der einzige Staat, der vor der Ratifizierung und noch vor der Ver ratung des Friedensvertrages Kriegsgefangene zurückgegeben hat. Wir haben in Italien zirka 97.000 Deutschösterreicher Kriegsgefangene gehabt.

Von Anfang Juli bis in die letzten Tage sind zirka 56.000 bis 58.000 Gefangene zurückgekommen, zirka 40.000 Gefangene warten auch heute noch auf die Erlösung aus der Kriegsgefangenschaft Italiens. Dabei möchte ich aber wieder diese Tribüne benutzen, um zu sagen: Als so dankenswert wir es anerkennen, daß Italien der einzige und erste Staat war, der Kriegsgefangene zurückgesendet hat, so muß ich doch sagen, daß allen Versprechungen zum Trotz, die Kriegsgefangenen wären Ende Oktober alle und insgesamt in der Heimat, in der letzten Zeit eine derartige Stöckung des Rücktransportes der Kriegsgefangenen aus Italien eingetreten ist, daß man es nur mit großem Bedauern vermerken kann. Wir haben in Vereinbarungen, die wir mit der italienischen Regierung gepflogen haben, veranlaßt und vereinbart, daß drei Züge täglich über Innsbruck und drei Züge täglich über Villach in die Heimat gesendet werden sollen. Wir haben in der Woche vom 5. auf den 11. Oktober 2449 Gefangene aus Italien bekommen, in derselben Zeit, in der wir mindestens 25.000 bis 30.000 Gefangene nach den Vereinbarungen hätten bekommen müssen. Allerdings hat Italien in derselben Zeit, obwohl ein Friedensvertrag mit Ungarn noch gar nicht besteht, 16.000 und einige Hundert Ungarn in dieser Woche zurückgesendet. Ich möchte also die Gelegenheit benutzen, um von dieser Stelle aus den dringenden Appell an die italienische Regierung und an das italienische Volk zu richten, endlich einmal alles daran zu

setzen, um vor dem Einbruch der schrecklich kalten Jahreszeit diese wenigen Tausende, die noch in Italien sind, der Heimat wiederzugeben. Aber, meine sehr Verehrten, in letzter Zeit hat durch die Verhängung der Blockade über Rußland für unsere Kriegsgefangenen im Sowjetrußland ein Zustand eingekehrt, der zu den schwersten Bedenken Anlaß gibt. Wir waren gerade daran, durch eine Verbindung mit der deutschen und litauischen Regierung es zu ermöglichen, über ein Loch in der litauischen Front einige Tausend Kriegsgefangene zu evakuieren und heimzusenden, es erfolgte die Blockadeverhängung der Entente gegen Rußland und die zirka 50.000 bis 60.000 Gefangenen, die in Sowjetrußland heute noch auf die Erlösung warten, müssen wahrscheinlichweise, wenn sich der Sinn der Entente nach der Richtung nicht ändert, auch noch einen sechsten Winter und vielleicht noch lange über den sechsten Winter hinaus in der Gefangenschaft Rußlands bleiben. Dabei stehen die Dinge so und es ist den verehrten Damen und Herren ja bekannt, daß auch heute sowie seinerzeit zur Zeit des Weltkrieges Rußland vom finnischen Meerbusen angefangen bis herunter zum Schwarzen Meere eingesäumt ist von einer Reihe von Fronten, die aneinander anschließen. Es ist bekannt, daß diese Fronten alle nur dadurch existieren können, daß die Entente Waffen, Munition und Geld zur Verfügung stellt, und keine einzige, auch die polnische Front könnte auch nur einen einzigen Tag länger die Kampfhandlung gegen die Sowjetregierung, gegen das Sowjetrußland durchführen, wenn von der Entente nicht mit Geld, Munition und Waffen die Möglichkeit hierzu gegeben wäre.

Es liegt also auch in diesem Falle ausschließlich in den Händen der Herren von Paris, Auftrag zu geben, daß an diversen Teilen dieser Front der russischen Regierung gesagt werde, sie möge dort und dort die Kriegsgefangenen stellen, sie würden übernommen werden und könnten so der Heimat wiedergegeben werden. Aber wenn auch die Frage der Kriegsgefangenen in Rußland eine furchtbar triste ist, weil es ja bekannt ist, daß in den Städten Rußlands der Hunger wütet und natürlicherweise die Kriegsgefangenen dort nicht auf das allerbeste bedacht sind, so wird die Frage geradezu trostlos, wenn man an das sibirische, und am allertrostlosesten, ja beinahe hoffnungslos, wenn man an das turkestanische Problem überhaupt herantritt. Wir haben in Sibirien zirka 50.000 bis 60.000 deutschösterreichische Kriegsgefangene — Kriegsgefangene, von denen man sagen kann, daß, wenn nicht in aller kürzester Zeit die Erlösung erfolgt, für viele Tausende, wenn nicht Behtausende die Bestimmung des Friedensvertrages über die Kriegsgefangenen und die Grabstätten zu einer Frage nicht mehr der Kriegsgefangenenfürsorge,



sondern zu einer Frage der Grabstättenfürsorge werden wird. In Sibirien stehen die Dinge heute so, daß mit Ausnahme einiger weniger Lager, die von der japanischen und amerikanischen Regierung übernommen worden sind, die Lager durchwegs von der Roltshaf-Regierung in der allertrostlosesten Weise geführt werden. Wir haben Berichte aus einzelnen Lagern Mittelsibiriens, wonach in einem einzigen Jahre bei einer Belegzahl von 3000 Gefangenen mehr als 1000 Tote zu verzeichnen sind. (Rufe: Hört! Hört!) Wir stehen außerdem heute in Sibirien vor der Situation, daß die dänische Regierung, das dänische Rote Kreuz, das bisnun in aufopferungsvollster Weise den Schutz unserer Kriegsgefangenen in Sibirien geführt hat, erklärte, daß mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages für sie völkerrechtlich keine Möglichkeit mehr bestehe, den Schutz unserer Staatsangehörigen durchzuführen und daß es diesen Schutz mit Ende dieses Jahres längstens wird zurücklegen müssen. Wir stehen also vor der bangen Sorge, daß in wenigen Wochen, in der Zeit des schrecklichsten sibirischen Winters, jener ganz primitive und ganz geringe Schutz, der überhaupt in diesen ungeheuren Eiszüsten Sibiriens gegeben werden kann, auch noch aufhört und daß die Menschen direkt dem Verderben, dem Verelenden, dem Verhungern, dem Erfrieren anheimgegeben sind, denn es sind die schrecklichsten und trostlosesten Dinge, die man von dort hört. Wir haben uns diesfalls allerdings an das amerikanische Rote Kreuz gewendet und haben gebeten, es möge Amerika doch vorzorgen, um hier zumindestens die Schutzhilfe zu übernehmen, um wenigstens diese Tausende davor zu bewahren, daß sie in diesem Winter zugrundegehen.

Aber die Frage des Rücktransportes der Kriegsgefangenen aus Sibirien ist eine solche, die von niemand anderem als von der Entente selbst gelöst werden kann. Wenn es auch möglich ist, daß wir durch Beistellung von Waggons in Italien, Serbien, Albanien, Griechenland, Mazedonien und Rumänien ausshelfen können, wenn es auch beispielsweise möglich wäre, daß aus Norditalien einige Zehntausende Menschen, wenn gar keine Transportmittel zur Verfügung stünden, in Fußmärschen den Weg in die Heimat finden könnten, so ist die Frage der Heimsendung der Kriegsgefangenen aus Sibirien eine solche, die nur von der Entente gelöst werden kann. Es soll bei dieser Gelegenheit auch nicht verhehlt werden — und ich will die Schwere dieses Transportproblems durch nichts verdecken — es soll nicht geleugnet werden, daß durch den „glorreichen“, von vielen so sehr begrüßten U-Bootkrieg heute die Welttonnage so vermindert ist, daß die Rücksendung der Kriegsgefangenen aus Sibirien beinahe eine technische Unmöglichkeit ist. Wenn irgendwo, so kann nur die Entente die nötige

Tonnage beistellen, die wir brauchen würden, um die Kriegsgefangenen von dort wegzubringen. Wie schwer und schier unlösbar das Problem ist, beweist, daß heute noch in Südfrankreich Zehntausende von indischen und australischen Truppen stehen, die nicht heimbefördert werden können, weil die Entente die Tonnage dafür nicht hat. Überdies hat man in Paris beschlossen, zuerst kommen die Angehörigen der Alliierten daran, also die Tschechoslowaken, die Jugoslawen, die Polen usw., dann erst die Deutschen und zuletzt die Deutschösterreicher.

Wenn es bei Sibirien so steht, daß wir noch immer hoffen können, daß, wenn die Entente den Willen hat, ihre Schiffstonnage zur Verfügung zu stellen, wir dann die Leute nach Hause bekommen können, so ist die Frage bei Turkestan eine förmlich hoffnungslose, eine so bittere und schwere, daß ich nicht unterlassen kann, auf die ganze Trostlosigkeit dieser Situation aufmerksam zu machen. Es machen sich ja die wenigsten Leute eine Vorstellung von den ungeheuren geographischen Schwierigkeiten, die der Evakuierung dieser Kriegsgefangenen im Wege stehen. Aus einem Berichte des dänischen Kapitäns Brun, der die Schutztätigkeit für unsere Kriegsgefangenen dort übernommen hat, geht hervor, daß die Lager in Turkestan sich in einem Dreieck befinden, dessen Spitzen ungefähr Stockholm, Lissabon und Belgrad ausmachen. In diesem ganzen Territorium ist eine einzige Bahnlinie und auch kein wie immer geartetes Material, um diese Bahn betreiben zu können. Es ist keine Kohle, kein Holz im Lande; das Land ist abgeschlossen von jedem Verkehre mit der Außenwelt, auf der Linie Drenburg nicht weniger als 300 Kilometer Unterbrechung der einzigen Bahnlinie. Auf Karawanenstraßen werden tagelang versteinerte Baummurzeln auf Kamelen zu den Bahnstationen geführt, um den primitivsten und notdürftigsten Eisenbahnverkehr überhaupt aufrechterhalten zu können. Ja, es wurde im vorigen Jahre berichtet, daß sogar getrocknete Fische zum Heizen der Lokomotiven verwendet wurden in Ermangelung jedes anderen Heizmaterials. In einem solchen Lande sind derzeit noch 35.000 bis 40.000 Kriegsgefangene eingeschlossen, allerdings nicht Deutschösterreicher allein, sondern Angehörige aller Nationen der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie. In Turkestan standen und stehen die Dinge so schlimm, daß im Jahre 1915/16 in einem einzigen Jahre an Flecktyphus, Cholera und Dysenterie 35.000 Menschen zugrunde gegangen sind (Hört! Hört!) und daß während der Zeit der Gefangenschaft beinahe 50.000 von rund 160.000, die überhaupt dort im Gefangenenlager waren, mit Tod abgegangen sind, nach all den Seuchen, die dort gewüthet haben. Ein großer Teil dieser Gefangenen ist allerdings in die diversen Armeen eingeteilt. Turkestan ist nämlich



nicht ein einziges Regierungsgebiet. Dort gibt es bolschewistische Regierungen, weißgardistische Regierungen, Regierungen, die überhaupt nur von den Kriegsgefangenen gebildet werden, in Turkestan gibt es auch weißrotgardistische Regierungen, vor allem aber keine Möglichkeit, aus diesem Unglückslande zu entfliehen.

So werden Sie begreifen, wenn ich sage, daß es mit Turkestan einfach hoffnungslos ist. Es hat eine Zeit gegeben, wo England von der Nordgrenze Persiens nach Norden vorrückend versuchen wollte, das Land militärisch zu unterwerfen. Damit wäre natürlich auch eine Möglichkeit der Befreiung der Kriegsgefangenen gegeben gewesen. Dieser Plan mußte schließlich von England aufgegeben werden, weil er sich als unmöglich erwies. Wir haben wiederholt den Versuch unternommen — da muß ich gleichzeitig wieder anklagend auftreten —, eine Mission, aus einigen wenigen Leuten bestehend, aus aufopferungsvollen Menschen, die sich dazu bereit-erklärten, hinüber zu bringen.

Wir hatten eine Zusage erhalten und haben einige Leute, mit genügenden englischen Papieren versehen, nach Turkestan senden wollen. Der Weg dieser Leute konnte aber nur bis Konstantinopel verfolgt werden, von da an verliert sich jede Spur. Es gibt Leute, die behaupten, die englische Mission in Konstantinopel, die der eigentliche Herr der Stadt ist, habe diese Männer dort in Schutzhaft genommen und befreie sie nicht. Gründe dafür werden trotz Anfragen nicht angegeben. Wir wissen nur das eine, daß wir Nachrichten nicht mehr erhalten können.

Das ist die wahre Situation der Kriegsgefangenen in den verschiedenen Ländern. Nun müssen wir uns klar darüber sein, daß nur eine Möglichkeit besteht, diese Kriegsgefangenen frei zu bekommen, und diese Möglichkeit heißt: die tätige Mitarbeit der Entente. Nur, wenn die Herren in Paris wollen, wird das Problem sich lösen lassen. Wir sind dessen sicher, daß nicht in wenigen Wochen, wahrscheinlich nicht einmal in wenigen Monaten die Schar dieser Unglücklichen wird nachhause kommen können. Aber wir wissen: wenn die Entente, wenn die Friedenskonferenz es will, dann wird es möglich sein. Darum müssen wir immer wieder unseren Standpunkt betonen und als Ankläger auftreten und der Entente sagen, daß sie es war, die es bis jetzt verhindert hat, daß diese Unglückseligsten der unglücklichen Opfer des Krieges heimkehren, und müssen neuerlich und immer wieder verlangen, es möge zumindest und zu allererst jene im Artikel 161 des Friedensvertrages vorgesehene Hauptkommission einberufen werden, die über die Frage des Rücktransportes der Gefangenen entscheiden soll. Wir müssen weiters verlangen, daß die von uns zu wiederholtenmalen aufgestellte Forderung, es möge

eine Mission nach Sibirien zugelassen werden, endlich einmal von der Friedenskonferenz erfüllt werde, um dort für den Transport der Gefangenen die ersten Vorarbeiten treffen zu können. Wir müssen also vor allem anderen unsere Forderung an die Entente richten. Wenn auch die Frage der Rücksendung der sibirischen Kriegsgefangenen sicherlich keine einfache Sache ist und sicherlich langwieriger Beratungen bedarf, so bedarf es, um die wenigen Tausende oder wenigen Hunderte Gefangene, die in England, Frankreich, in Rumänien und Serbien, in Albanien und Griechenland schmachten, in den allernächsten Tagen ihrer Heimat wiederzugeben, nur eines Wortes von Paris. Wenn in Paris der strikte Auftrag nach Belgrad und Athen, nach Rom und Bukarest, sowie an die ganzen Randstaaten, die Rußland einzäumen, gegeben wird, die Fronten zu öffnen, und den Durchzug der Kriegsgefangenen zu ermöglichen, so kann in wenigen Tagen Zehntausenden Menschen hier ein schweres Herzeleid genommen werden. Diese Forderung müssen wir an die Entente richten, daß nunmehr, nachdem der Friede ratifiziert ist und in wenigen Tagen in Kraft treten wird, sofort an die diversen Regierungen dieser Auftrag gegeben wird, um uns jene wenigen tausend Menschen zurückzugeben.

Ich möchte aber diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne gleichzeitig zu sagen, daß wir bei den vielen internationalen Rotekreuzorganisationen der Schweiz, Dänemarks und Schwedens vor allen, insbesondere bei dem Internationalen Roten Kreuz tief in der Schuld stehen, daß wir dankbar all der Dinge gedenken, die sie für unsere Gefangenen getan haben. Wir wissen, daß die Frage der Kriegsgefangenen letzten Endes — und da möchte ich mit einigen Worten auf das reflektieren, was der Herr Staatssekretär für Finanzen hier gesagt hat — auch ein schweres finanzielles Problem für den Staat darstellt. Nach ganz oberflächlichen Berechnungen, wenn man nur annimmt, daß für den Kopf der Rücktransport aus Sibirien sich auf 200 Dollars stellen wird, wenn man nur annimmt, daß bei dem derzeitigen Stande unserer Valuta diese 200 Dollars für 50.000 Menschen bezahlt werden sollen, wenn wir weiter bedenken, daß wir nach den Bestimmungen des Friedensvertrages für die gesamte Rücksendung aller Kriegsgefangenen aufzukommen haben, ist es ganz klar, daß uns der Rücktransport ganz ungeheure Summen kosten wird. Wir werden schätzungsweise zirka einhalb Milliarden Kronen nach dem derzeitigen Stande unserer Valuta benötigen, um diesen unseren Verpflichtungen nachkommen zu können.

Es ist ganz klar, daß dieses Problem innerpolitisch überhaupt nicht gelöst werden kann; denn wenn wir auch imstande wären, diese eineinhalb Milliarden Kronen anzubringen, so würde doch



mit diesen eineinhalb Milliarden keine wie immer geartete Möglichkeit bestehen, irgendeine Schifffahrtsgesellschaft Amerikas, Englands oder Japans damit bezahlt zu machen, weil gegen dieses Papiergeld die Herrschaften natürlicherweise das Geschäft nicht übernehmen. Es ist ganz klar und aus vielen Andeutungen geht es auch hervor, daß der Vorschlag in fremder Valuta gewünscht wird und es ist natürlich eine der brennendsten und dringendsten Sorgen, die unseren Staatssekretär für Finanzen in der nächsten Zeit werden beschäftigen müssen, wie die Frage der Beschaffung dieser ungeheuren Summe im Auslande in die Wege geleitet werden soll. Ich stelle mir vor, daß dies kaum anders denkbar ist, als daß im Rahmen jenes großen Kredites, den wir überhaupt zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft benötigen werden, an erster Stelle vielleicht der Versuch unternommen werden sollte, in Amerika eine Kriegsgefangenenanleihe zu finanzieren, weil ich annehmen darf, daß unter den Tausenden und Abertausenden ehemaliger Österreicher, die drüben in Amerika eine neue Heimat gefunden haben, es sicher viele geben wird, die rein propagandistisch dafür eintreten werden, daß dieser Kriegsgefangenenanleihe drüben über dem großen Wasser ein großer Erfolg gesichert wird. Ich glaube, daß es um so mehr möglich sein könnte, drüben in Amerika eine solche Anleihe zu begeben, weil da nicht nur die Frage des Profites in allererster Linie, sondern auch ein ganz klein wenig die Frage der Humanität mitspielen. Wir haben leider in diesem Lande nichts anderes übrig als den Appell an die Menschlichkeit. Diesen Appell an die Menschlichkeit wollen wir hinausrufen in die ganze Welt und wollen sie darauf aufmerksam machen, daß, so wie die Entente die Möglichkeit gehabt hat, Hunderttausende und Hunderttausende Soldaten aus Amerika herüberzuführen, um an dem furchtbaren Morde teilzunehmen, es auch möglich sein muß, Schiffe bereitzustellen, um jene Zehntausende zu befreien, die als die unglücklichsten Opfer dieses Krieges dastehen. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident Dr. Dinghofer:** Zum Worte ist weiter gemeldet der Herr Abgeordnete Dvorak; ich erteile ihm das Wort.

**Abgeordneter Dvorak:** Hohe Nationalversammlung! Die koalitierten Parteien haben beschlossen, daß die einmalige Vermögensabgabe schleunigst durchgeführt werden soll. Ich wünsche inbrünstig, daß diese Vermögensabgabe bei den großen Vermögen wirklich die größte sein wird, besonders bei solchen Vermögen, die der Inhaber nicht durch seinen eigenen Fleiß erworben hat. Das Vermögen, das durch Arbeit anderer oder durch gewissenlose Spekulationen erworben wurde, sollte

man rücksichtslos besteuern. Trotzdem ich also diese Vorsorge nur billigen kann, muß ich doch erwägen, ob sie wirklich imstande ist, eine dauernde Besserung unserer wirtschaftlichen Lage herbeizuführen. Ich brauche wohl nicht zu bemerken, daß diese einmalige Vermögensabgabe nicht imstande ist, die Schulden, die uns dieser unglückselige Krieg aufgebürdet hat, zu decken; auch keinerlei neues Steuersystem, das durch eine regelmäßige Vermögens- und Vermögenszuwachssteuer ausgestattet sein soll, wird die Bevölkerung glücklicher und zufriedener stellen. Eine ausgiebige Hilfe können wir nur durch wirtschaftliche und soziale Reformen erreichen. Leider finde ich gerade in dieser Beziehung in den Koalitionsvereinbarungen sehr wenig. Man ist bereit zur Anforderung von Gold, Juwelen und ausländischen Wertpapieren zur Beschaffung der nötigen Zahlungsmittel für die Lebensmittelimporte. Auch darin kann man eine bestimmte und, hoffen wir, auch ausgiebige Mithilfe erblicken. Doch auch diese Mithilfe wird nur vorübergehend sein. Wir brauchen aber eine beständige Befreiung aus diesen gegenwärtigen trostlosen Zuständen. Diese Hilfe können wir nicht nur allein in der Finanzreform finden, sondern in einer besseren Unternehmungslust.

Man hört von allen Seiten nur Beschwerden gegen die Arbeiterschaft, man wirft den Arbeitern Faulheit vor und verbreitet die schwärzesten Begebenheiten von Arbeiterräten. Es ist ja nicht zu leugnen, daß auch unter den Arbeitern neben vielen fleißigen und tatkräftigen Frauen und Männern auch einzelne arbeitscheue Elemente zu finden sind. Der Krieg hat alle menschlichen Schichten verdorben. Finden wir aber nur unter Arbeitern diese arbeitscheuen Elemente? Fleiß und Unternehmungslust sind in allen Schichten der Bevölkerung gesunken. Wer die Berufe im allgemeinen beobachtet, findet, daß auch die Intelligenz, ja sogar die hohen Beamten viel von ihrer früheren Schaffenslust verloren haben, und die Herren, die die Arbeiterschaft am meisten beschimpfen, die Herren Prinzipale, sind nicht besser als die Faulenzer, gegen die sie sich immer wenden. Kann man denn bei uns von einer wirklichen Unternehmungslust reden? Die Unternehmer, sei es in der Stadt oder auf dem Lande, haben sich im Kriege jede ehrliche Kalkulation, jede allgemein nützliche Unternehmung abgewöhnt. Sie ergaben sich einer spekulativen Produktion, welche ohne Anstrengung riesige Gewinne abwarf. Kein Unternehmer, welcher den Arbeitern angeblich hohe Löhne zahlt, ist mehr mit dem bürgerlichen Nutzen zufrieden, mit welchem er vor dem Kriege befriedigt war. Hier eine Reform anzustreben, wäre viel nützlicher als die Beschuldigung gegen Arbeiter und fortwährende Beschimpfungen der Arbeiterräte.

Der Herr Staatskanzler hat einen starken Willen gezeigt, denn er ist gewillt, in wirtschaftlicher



Beziehung vorzuarbeiten. Der beste Wille des Herrn Staatskanzlers ist gewiß nicht zu unterschätzen. Aber der gute Wille allein genügt nicht. Das, was der Herr Staatskanzler erstrebt, müssen in erster Linie die Herren Industriellen und die Herren der Finanzkreise zu erstreben gewillt sein. Bis jetzt waren wir nur Zeugen von Beschimpfungen der Sozialdemokratie und der Sozialisierung. Der Sozialisierung, an die bald nach dem Umsturz gedacht wurde, wird das Sinken unseres Kredites zugeschrieben. Die deutsche Republik war der Tatort großer Wirren und Stürme und es versuchten sich dort viel radikalere Strömungen Geltung zu verschaffen als hier in Wien. Und doch ist die deutsche Industrie nicht so lahmgelegt wie die unsrige, und auch die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse sind dort viel besser. Daraus kann man schließen, was uns eigentlich fehlt. Es fehlt uns die bessere wirtschaftliche, besonders industrielle Organisation, welche die deutsche Republik hat, es fehlt uns die Unternehmungslust, mit welcher der deutsche Unternehmer unserem Prinzipal zuvorkommt.

Die Koalitionsvereinbarungen versprechen uns die auswärtige Politik so zu gestalten, daß bald Handelsverträge mit dem Auslande abgeschlossen werden. Es sollen baldmöglichst die diplomatischen Missionen in den Nachfolgestaaten, in England, Italien und den Vereinigten Staaten errichtet werden. Es ist gewiß wünschenswert und es wird bestimmt Besserung bringen. Besonders mit den Nachfolgestaaten sollten wir in guten Nachbarverhältnissen leben. Dazu aber ist notwendig, das Vertrauen derselben zu erwecken. Es genügen dazu nicht nur die Versprechungen, die man in den Koalitionsvereinbarungen lesen kann, Versprechungen zum Beispiel, daß man die Bestimmungen des Friedensvertrages über den Schutz der nationalen Minderheiten durchzuführen gewillt ist, man muß es mit der Tat beweisen. Die Taten aber sind noch nicht zu sehen. Die tschechischen Schulforderungen werden fortwährend nur mit Versprechungen hingehalten. Obwohl gerade mit ihrer Erfüllung größere Erfolge in der tschecho-slowakischen Republik, sowie in den Ententestaaten zu erzielen wären, läßt man hier die tschechischen Kinder bisher ohne Schulen. (*Abgeordneter Dr. Gürtler: Und in Prag?*)

Ich bin überzeugt, daß diese Nachfolgestaaten Ihren Versprechungen über den Schutz der nationalen Minderheiten nicht glauben, gerade so wie sie bei uns, den Angehörigen der tschecho-slowakischen Minorität, kein Vertrauen erwecken. (*Abgeordneter Alois Bauer: Nur wegen der Schulen allein?*) Selbstverständlich, die Kinder brauchen die Schulen. (*Abgeordneter Alois Bauer: Sonst wegen gar nichts?*) Ja, auch wegen alles dessen, was uns der Friedensvertrag verspricht. (*Abgeordneter Dr. Gürtler: Und*

*die Deutschen in Böhmen?*) Mein lieber Herr Kollega, wenn wir so viele und so gute tschechische Schulen in Wien hätten, wie die Deutschen in Böhmen deutsche Schulen, so würden wir glücklich und zufrieden sein.

Erwägen Sie aber, meine Herren, daß der Schutz der nationalen Minderheiten eine internationale Frage ist. Der Schutz der nationalen Minderheiten kann jetzt nicht durch Machinationen einer Regierung umgangen werden. Der Schutz der Minderheiten ist nicht nur eine Aufgabe, sondern das Recht des Völkerbundes; die tschecho-slowakische Minorität wird ihre Verteidiger und Beschützer im Völkerbunde finden.

Ihnen, meine Herren, ist das Schicksal der Deutschen in Böhmen nicht gleichgültig. Obwohl Sie sagen, daß Sie sich in Angelegenheiten fremder Staaten nicht einmischen wollen, werden Sie doch nicht ruhig bleiben, wenn man in der tschecho-slowakischen Republik den Deutschen die Friedensbedingungen kürzen wollte. Und gerade so könnte die tschecho-slowakische Republik als Mitglied des Völkerbundes nicht stumm zusehen, wenn man uns hier unser Recht bestreiten wollte. Ich empfehle daher, alles zu vermeiden, was zu Konflikten führen könnte; ich empfehle es nicht nur zugunsten der tschecho-slowakischen Minderheit in der österreichischen Republik, sondern zugunsten der österreichischen Republik selbst. Gerade in der tschecho-slowakischen Republik kann die österreichische Republik ihren besten Schutz finden. Wäre einmal die Existenz der tschecho-slowakischen Republik von welcher Seite immer bedroht, so wäre auch sofort das Schicksal der österreichischen Republik besiegelt. (*Ruf: Und umgekehrt!*) Es verlangt also selbst die Vorsorge gegen die Reaktion, daß beide Republiken in den besten gemeinsamen Beziehungen leben. Geben Sie daher unserer Minorität, was ihr gebührt; wir verlangen keine Ausnahmen, das Recht aber, das uns der Friedensvertrag zusichert, lassen wir uns nicht verkürzen. Wir verlangen, daß uns die Republik das gibt, was unser ist, und auch wir wollen ihr alles geben, was die Anhänger der republikanischen und demokratischen Verfassung zu geben verpflichtet sind.

Der Herr Staatssekretär für Finanzen beabsichtigt, auch an den Arbeitern mehr zu ersparen. Es ist wahr, daß die angeblich hohen Löhne den Arbeitern keinen Nutzen bringen, wenn alles wieder verteuert werden soll. Die Teuerung aber wurde nicht durch die hohen Löhne verursacht, sondern umgekehrt: die Teuerung zwingt zu Lohnforderungen. Die traurigen Verhältnisse, in welchen die Arbeiterschaft nun lebt, hat schon Dr. Bauer mit schönen Worten geschildert, und ich kann seine Erwägungen in dieser Beziehung bloß unterschreiben. Glauben Sie nicht, meine Herren, daß es den Arbeitern gut geht. Die Arbeiterfamilien sind samt den Fest-



angestellten die Unglücklichsten unter uns. Es wäre daher sehr gefährlich, die Arbeitslosenunterstützung abzuschaffen, ehe noch Arbeitsgelegenheit geboten wird.

**Präsident Dr. Dinghofer:** Zum Worte ist weiter gemeldet der Herr Abgeordnete Doktor Weiskirchner; ich erteile ihm das Wort.

**Abgeordneter Dr. Weiskirchner:** Hohes Haus! Wer aufmerksam und ohne Voreingenommenheit den Verlauf der bisherigen Debatte über die Regierungserklärung verfolgt hat, der wird wohl zugestehen, daß die Redner der Mehrheitsparteien in klaren und unzweideutigen Worten die eherne Notwendigkeit, die unabwiesbare Pflicht erhärtet haben, daß die beiden Parteien sich zu dieser Arbeitsgemeinschaft vereinigten. Es ist — wie soll man das eigentlich ausdrücken — die letzte Rettungsaktion in höchster Not. Beide Parteien haben nicht den geringsten Abstrich an ihren Programmen vorgenommen, beide Parteien haben auf nichts von ihren Weltanschauungen verzichtet, aber sie mußten sich sagen, daß in dieser Zeit, in der das Volk in Gefahr steht, im Finstern zu frieren und zu hungern, Parteien, die aus dem Volke hervorgegangen sind, die Pflicht haben, alles aufzubieten, alle jene Maßnahmen zu treffen, welche nach menschlicher Voraussicht die höchste Not zu mildern imstande sind und einen Übergang zu besseren Zeiten ermöglichen.

In großzügiger Weise hat der Führer der Sozialdemokratie, Dr. Otto Bauer, sein Finanzprogramm dem des Staatssekretärs für Finanzen gegenübergestellt und wir alle stehen unter dem Eindruck, daß es unserer gemeinsamen Arbeit bedarf, um alle jene Maßnahmen hier in der Nationalversammlung zum Durchbruch zu bringen, die geeignet sind, uns bessere Zeiten zu bringen.

Enttäuscht hat uns, bei Gott, die großdeutsche Opposition. Es ist mir vorgekommen, als ob die geehrten Herren ihr Rüstzeug aus den ältesten Schablonen der Parteikämpfe der verflochtenen Monarchie geholt hätten. Es ist mir auch nicht recht erfindlich, welche Beziehung zwischen der Abbröcklung des Kronenrufes und der Koalition besteht. Da kann ich ebensogut sagen: Am soundsovielten November wurde Dr. Waber Unterstaatssekretär und blieb es bis 16. Februar; wie hat sich in dieser Zeit die Kohlenversorgung Wiens gestaltet? *(Heiterkeit.)* Es ist auch ganz merkwürdig. Es wird von den großdeutschen Rednern ihre volle Arbeitslust und ihre Bereitwilligkeit betont, an allem mitzuwirken. Ein Kollege aus Tirol hat mir heute das Organ des Abgeordneten Straffner gebracht, die „Innsbrucker Nachrichten“. *(Abgeordneter Dr. Straffner: Das ist nicht mein Organ!)* Ja also,

es vertritt Herr Dr. Straffner in diesem Organ seine Politik *(liest)*:

„Vor allem“, schreibt das Blatt, „muß die Frage aufgeworfen werden: Welches ist das Ziel und der Zweck einer jeden politischen Partei? Offenbar der, die Gemeinde-, Landes oder Staatsverwaltung nach den Grundsätzen, nach der Weltanschauung einer Anzahl Gleichgesinnter zu führen oder, wenn sie hierzu nicht stark genug ist, wenigstens in ihrem Sinne zu beeinflussen. Nun kann der großdeutschen Partei der erste Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie dieses oberste Ziel einer jeden Partei nicht nur nicht erreicht, sondern auch nicht einmal angestrebt habe.“

Das schreiben also die „Innsbrucker Nachrichten“ und ich überlasse es dem Herrn Abgeordneten Dr. Straffner, auf dieses Blatt entsprechend zu reagieren. Sie sehen aber, daß in Ihren eigenen Parteikreisen die Meinung besteht, daß Sie eine solche Mitarbeit gar nicht anstreben.

Der Herr Abgeordnete Dr. Waber hat beanstandet, daß ein Staatssekretär mehr geworden ist, das war die Einleitung; zum Schlusse der Rede hat er aber ausgeführt: so rasch als möglich muß eine neue Verfassung und Verwaltung eingeführt werden. Dazu haben wir ja einen eigenen Staatssekretär bestellt, damit er so rasch als möglich Ihren Wünschen entgegenkommt. *(Heiterkeit und Zustimmung.)*

Daß wir Christlichsoziale eine Komreise des gewesenen Kaisers Franz Josef verhindert hätten, das gehört auch zu dem ältesten Rüstzeug von Vorwürfen. Wir haben auch einmal eine Komreise des Kardinals Schönborn nicht verhindert, der nach Rom gefahren ist, um die Bestätigung Luegers zu verhindern. Wir stehen den Komreisen von Potentaten und Kardinälen ganz ferne. Es ist wohl nicht angebracht, solche älteste Schlagere des Parteikampfes in unserer Zeit aufs Tapet zu bringen. Ich glaube, die Not des Volkes erheischt wirklich, daß wir über die Vergangenheit einen großen Strich machen und daß wir uns den Aufgaben der Gegenwart zuwenden, die ja so dringend sind, wie ich mir kaum eine andere Zeit und andere Aufgaben größer und wichtiger vor Augen halten könnte. *(Zustimmung.)*

Und ob, meine hochverehrten Damen und Herren, im Falle des Sieges Deutschlands der Sozialisierungsgedanke siegreich durch die Welt gezogen wäre, das weiß ich nicht; vielleicht wäre ein militärisch imperialistischer Gedanke nach Ost und West gezogen. *(Zustimmung.)*

Meine hochverehrten Damen und Herren! Es ist in unserer Zeit unbedingt notwendig, daß wir den ganzen Komplex der Fragen, mit denen wir uns zu beschäftigen haben, zusammenfassen. In der Debatte selbst wurde die Ordnung unserer Finanzen



und der Wiederaufbau unserer Wirtschaft in den Vordergrund geschoben. Ich unterschreibe ohnemeiters, daß das eine der dringendsten und wichtigsten Aufgaben ist. Aber wir werden den Wiederaufbau der Wirtschaft nicht zustandebringen, wenn wir nicht auch im inneren Dienste und im Dienste nach außen eine solche Ordnung herstellen, welche geeignet ist, den Aufbau der Wirtschaft zu ermöglichen. Ohne Autorität, ohne Disziplin und ohne Ordnung im Innern kann kein Staatswesen — ohne Rücksicht auf die Staatsform — bestehen. Und ohne diese Voraussetzung können wir auch einen Wiederaufbau der Wirtschaft nicht erreichen.

Im Zusammenhang mit diesen beiden Tatsachen noch ein anderes: Wir müssen auch danach trachten, daß wieder eine Gesundung, wieder ein Neuaufbau der Geister Platz greift, die in diesem unseligen Kriege verwüstet worden sind (*Zustimmung*), und wir müssen dafür sorgen, daß eine Jugend heranwächst, welche imstande ist, die Zukunft unseres Volkes zu werden. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Wenn ich zuerst zum Wiederaufbau der Finanzen und der Wirtschaft spreche, so muß ich aufrichtig gestehen, daß ich in Dr. Reich einen Mann von seltener Pflichttreue erkenne; denn in dem jetzigen Augenblick den Posten des Staatssekretärs für Finanzen zu beziehen, ist ein Opfermut sondergleichen. Ich hoffe, daß Dr. Reich keine Ähnlichkeit mit einem gewissen Curtius bekommen wird, der einmal vom tarpejischen Felsen gesprungen ist. Aber aus seinen Worten klang, wenigstens mir, die feste Überzeugung eines pflichtbewußten Mannes, eines Mannes auch mit der Energie, das durchzuführen, was er als richtig erkannt hat.

Meine Herren! Daß eine Vermögensabgabe geleistet werden muß, darüber ist doch heute in keinem Kreise mehr zu sprechen. Und wenn Dr. Bauer gemeint hat, die Arbeiter müssen sehen, daß die Besitzenden ihre Pflicht bezüglich der Vermögensabgabe voll und ganz erfüllen — meine Hochverehrten, uns hat ein Größerer die Pflichten des Besitzes vorgeschrieben. Es war Papst Leo XIII. in seiner *Encyclica rerum novarum*, in der er für alle Zeiten vorgezeichnet hat, welche Pflichten die Besitzenden gegenüber den Arbeiterklassen und gegenüber der großen Allgemeinheit haben. (*Beifall.*)

Aber, meine verehrten Damen und Herren, dem Prinzip der größten Opfer muß auch das Prinzip der größten Gerechtigkeit entsprechen. Das Prinzip der Gerechtigkeit schien einer Gruppe von Staatsbürgern in dem Ausspruch verletzt zu sein, daß eine Einlösung der Kriegsanleihe zu 75 Prozent Platz greifen solle. Es hat der Herr Staatssekretär schon mit aller Entschiedenheit betont, daß

von einer Einlösung der Kriegsanleihe zu diesem Kurse nicht die Rede sei, sondern nur von einer Annahme an Zahlungs Statt bei der Vermögensabgabe.

Meine verehrten Damen und Herren, ich wiederhole nur wenig, aber ich muß auch darauf hinweisen, daß es bei der Beurteilung der Kriegsanleihe Verschiedenheiten gibt. Es ist ein großer Unterschied zwischen der ersten und der letzten Kriegsanleihe; die erste Kriegsanleihe wurde in gutem Gelde gezahlt und zumeist von kleinen Zeichnern, die letzte Kriegsanleihe wurde in schlechtem Gelde gezahlt und da waren nimmermehr viele kleine Zeichner beteiligt, eigentlich war die letzte Kriegsanleihe die Umwandlung eines Bankengeldvorschusses in die Form einer Kriegsanleihe. (*Zustimmung.*) Auch ich gehöre zu jenen Verantwortlichen, welche die Kriegsanleihe empfohlen haben, und zwar in meiner Eigenschaft als Bürgermeister, als Chef der politischen Behörde erster Instanz, aber es haben auch andere Kreise empfohlen und wir müssen darauf Rücksicht nehmen, daß das Vertrauen in den Staatskredit nicht dadurch erschüttert werden darf, daß die kleinen Leute zu tausenden, welche damals zeichneten, zu Schaden kommen. (*Zustimmung.*)

Es wäre das eine Erschütterung des Vertrauens in den Staat, die sich nicht nur auf den alten Staat bezüge, sondern sich auch auf den neuen Staat unvermindert beziehen würde. (*Zustimmung.*) Sie dürfen auch, meine Verehrten, eines nicht übersehen: die kleinen Zeichner, die damals den Emissionskurs eingezahlt haben, sind doch anders zu behandeln als diejenigen, die aus spekulativen Gründen zu 50 oder 51 Kriegsanleihe gekauft und bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank mit 75 Prozent belehnt haben. (*Sehr richtig!*) Es würde tatsächlich als eine Ungerechtigkeit erscheinen, wenn alle die Kriegsanleihezeichner gleich behandelt würden; der eine würde soviel Prozente verlieren und der andere würde bei dem Geschäftes soundso viele Prozente profitieren. Das würde nicht ein gleiches Opfer sein, sondern wäre auf der einen Seite ein schweres Opfer und auf der anderen Seite ein müheloser Spekulationsgewinn.

Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit auch noch darauf hinweisen, daß ursprünglich die Vermögensabgabe tatsächlich nur zur Abbürdung der Kriegsschulden in Aussicht genommen war. Das wurde damals und auch noch vom vorletzten Staatssekretär für Finanzen wie ein Dogma hingestellt und in der Bevölkerung verbreitet. Ich sehe sehr gut ein, daß in einer Zeit, in welcher das Staatsbudget ein Jahresdefizit von acht Milliarden trägt, in einer Zeit, wo wir schon das letzte Mittel anwenden müssen, um ausländische Valuta zum Importe von Lebensmitteln zu bekommen, es nicht



möglich ist, die ganze Vermögensabgabe zur Abbürdung der Kriegsschulden zu benutzen. Aber bei diesem Anlasse drängt sich mir doch eine Frage auf. Wir haben doch im Laufe der letzten Monate hier im Budgetausschuß wie auch im offenen Hause Gesetze beschlossen, welche der Entente gegenüber die Sicherheit gewähren sollten, damit wir Lebensmittel beziehen können. Wir haben ein Gesetz beschlossen, in dem die Forste verpfändet wurden und eine ganze Transaktion wegen des Holzexports in die Ententeländer verfügt wurde. Wir haben die Beschlagnahme ausländischer Wertpapiere beschlossen. Ist das alles schon verpulvert? Ja, meine verehrten Damen und Herren, wir haben doch gerechnet, daß mit den Ententekrediten bis zu einer gewissen Zeit das Auslangen gefunden werden soll. Und jetzt standen wir vor der Notwendigkeit, die letzte Reserve anzugreifen, vor der Notwendigkeit, zu beschließen, daß Kunstwerke, welche gerade für die Stadt, die ich vertrete, von außerordentlichem Wert sind, auch bereits den Weg ins Ausland zu gehen haben. Mir kommt wohl vor, als ob da Versäumnisse im Staatsamt für Finanzen sich ergeben hätten, welche zu vermeiden Pflicht der damals verantwortlichen Faktoren gewesen wäre. Es geht nicht an, daß man die Versorgung von sechs Millionen Menschen auf die letzte Karte setzt, es geht nicht an, daß man bis zum letzten Moment zuwartet und dann, ich weiß nicht welche Maßnahmen trifft, um noch für eine Woche oder für 14 Tage Lebensmittel beziehen zu können. Ich glaube, es ist Pflicht des Hauses, darauf zu dringen, daß auch vom Herrn Staatssekretär für Finanzen in dieser Beziehung ein Programm vorgelegt wird, das uns die Sicherheit bietet, daß in ordentlicher und nicht so außerordentlicher Weise für die Bedürfnisse des Staates vorgesorgt wird.

Meine Hochverehrten! Über die Verwendung der Vermögensabgabe ist ja noch ein Wort gefallen, und zwar aus dem Munde des Herrn Kollegen Dr. Otto Bauer, nämlich Verwendung eines Teiles der Vermögensabgabe in der Form der Gratisaktien für Sozialisierungszwecke. Die Christlichsoziale Partei ist ja dem Kommunalisierungsprogramm seit mehr als 25 Jahren nahegetreten. Queger hat die Eigenregie eingeführt, ich habe mich dem System der gemischtwirtschaftlichen Betriebe zugewendet und ich kann aus meinen Erfahrungen nur sagen, daß die Form des gemischtwirtschaftlichen Betriebes, sei es nun die Gemeinde in einem Unternehmen, sei es der Staat in einem Unternehmen, mir empfehlenswert erscheint, daß aber wohl geprüft werden muß, auf welche Betriebe dieses Prinzip Anwendung findet. Ich glaube nicht, daß alle Betriebe nach ihrem Wesen, nach ihrer Beschaffenheit geeignet sind, dieses gemischtwirtschaftliche System zu ertragen. Aber, wie gesagt, darüber zu sprechen sind wir gerne bereit und wir werden uns

nicht entschlagen, auch diesen Prinzipien Rechnung zu tragen.

Meine Hochverehrten! Eines muß ich wohl gestehen, das auch eine Anfrage an den Herrn Staatssekretär bildet. Sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Presse wird sehr häufig über die Verfügung gesprochen, daß für Bezüge von Waren aus Deutschösterreich nicht in österreichischen Kronen bezahlt werden darf, sondern nur in ausländischer Währung. Es erscheint einem so, als ob dadurch die Regierung selber der österreichischen Krone kein Vertrauen mehr zuwenden würde. Denn wenn der Schweizer, der Franzose, der Engländer, der hier Exportwaren kauft, dieselben nicht in österreichischer Währung bezahlen darf — ja, du lieber Himmel, was soll sich der Ausländer dann von unserer Währung denken? Andererseits ist es ja richtig: wir bekommen vielleicht einiges ausländisches Geld herein. Müßte aber der Ausländer mit österreichischen Kronen zahlen, dann würde er sich sie im Ausland beschaffen, das Angebot unserer Krone würde geringer werden und die Nachfrage nach unseren Kronen würde im Gegenteil größer werden. Ich verstehe die ratio dieser Bestimmung nicht und möchte schon bitten, uns darüber eine Aufklärung zu geben.

Meine hochverehrten Damen und Herren! Mit Recht hat der Herr Staatssekretär für Finanzen betont, daß die Stabilität der Krone unbedingt erreicht werden muß, nicht nur im Interesse unserer ganzen Außenpolitik, nicht nur im Interesse unserer Wirtschaft, sondern ich kann mir gar nicht denken, daß der Staatssekretär für Finanzen uns neue Steuervorlagen machen kann, welche dem Zweck entsprechen, wenn die Krone nicht eine Stabilität hat. Diese Stabilität soll ja doch die Grundlage für die ganze Steuerberechnung bilden. In dieser Beziehung darf gewiß der Herr Staatssekretär unserer vollsten Unterstützung sicher sein.

Ich habe zwar aus dem Munde des Herrn Staatssekretärs das Wort vernommen, daß die staatliche Ausgabenwirtschaft eingeschränkt werden muß und daß er für alle Ausgaben auch die konstitutionelle Bewilligung einzuholen sich bemüßigt sehen werde. Das ist ja sehr schön, aber ich kann mir ganz gut denken, daß es Fälle geben wird, wo es vorteilhafter ist, wenn die Regierung ermächtigt ist, Ausgaben zu machen, als daß wir hier im Hause bei erregten Galerien, die sich über eine Lohnbewegung unterhalten, abstimmen sollten. Es wird sich zeigen, daß ohne eine gewisse Ermächtigung für die Regierung die Sache nicht gemacht werden kann.

Meine Hochverehrten! Der Herr Kollege Dr. Otto Bauer hat unter anderem von der Regierung verlangt, daß sie erstens wahrhaft republikanisch, daß sie gut demokratisch und daß sie sozialpolitisch



fortschrittlich sein soll. Einverstanden! Diese Forderungen stellen wir auch. Wir fordern aber auch, daß die Verwaltungsanarchie im Innern beseitigt und daß auch die Autorität der Gerichte und Verwaltungsbehörden wieder hergestellt werden. *(Lebhafte Zustimmung.)* Meine Hochverehrten! Es muß die Stellung der Länder zum Staate und die Stellung der Länder zur Stadt Wien und untereinander geordnet werden. Und da muß ich bedauern, wenn unser verehrter Herr Staatskanzler auf der Länderkonferenz Termine genannt hat, mit denen wir uns absolut nicht einverstanden erklären können. Wir halten, wie ich schon einleitend bemerkt habe, die Frage der Verfassungs- und Verwaltungsordnung für so dringend, daß wir auf kürzere Fristen unbedingt drängen müssen.

Wir verlangen aber nicht nur die Ordnung im Innern, sondern wir verlangen auch die ehefte Ordnung des Außendienstes der Republik. Der Friede ist nunmehr geschlossen, der Friede ist von unserem Präsidenten unterschrieben und die Ratifizierung der drei Großmächte wird ja ehestens erfolgen. Meine hochverehrten Damen und Herren, wir müssen mit dem Auslande wieder in Verkehr treten. Die nationale und internationale Existenz ist uns jetzt gesichert, wir müssen aber auch davon Gebrauch machen. Ich glaube, daß jeder Tag, den wir versäumen, uns einen unwiederbringlichen Schaden bringt. Es muß die Republik Österreich wieder in den ehemaligen feindlichen und in den neutralen Staaten vertreten sein. Wie sollen denn unsere Handelsbeziehungen in die Wege geleitet werden, wenn wir nicht unsere Vertreter haben? Dabei ist es mir wohl bewußt, es wird außerordentlich reduziert werden in den Vertretungen, die die frühere österreichisch-ungarische Monarchie hatte. Es wird dem Prinzip der Sparsamkeit in unserem Budget Rechnung getragen werden. Aber hier ist unter Umständen Sparsamkeit nicht am Platze. *(Sehr richtig!)* Wenn ein tüchtiger, gewissenhafter, pflichtbewußter und gewandter Vertreter Österreichs im Auslande ist, was für Beziehungen kann der für die hiesigen Interessentenkreise eröffnen, wie kann er die Rohstoffimporte in die Wege leiten, wie kann er schaffen, daß hier große Kreise mit einer erhöhteren Steuerkraft ausgestattet werden, welche mehr dem Staate einbringt als die paar Tausend Kronen, die der ausländische Vertreter kostet! *(Zustimmung.)* Ich bin schon für Sparsamkeit, aber modus in rebus! Denn sonst ist die Sparsamkeit am unrichtigen Platze. Ich stelle mir auch vor, daß der Herr Kanzler uns bald eine Vorlage über die Zahl der Missionen, die Österreich vertreten werden, einbringt. Ich rechne darauf, daß mit der alten Kunst der Diplomatie endlich gebrochen wird, ich rechne darauf, daß Männer entsendet werden, welche erst einmal politisch denken

können, welche politische Verhältnisse aufnehmen können, welche wirtschaftlich gebildet sind und welche mit Herz und Seele an dem Lande hängen, dessen Vertretung ihnen zur Wohlfahrt desselben anvertraut ist. Ob einer Tennis spielen kann, ob einer Bridge spielen kann, ist gleichgültig *(Heiterkeit)*, er muß aber informiert sein und muß das Interesse haben, sein Land zu vertreten. Mir ist erzählt worden, daß in einer ehemaligen österreichisch-ungarischen Botschaft, als ein Reichsgesetzblatt begehrt wurde, der Diener sagte, das kenne er nicht. *(Lebhafte Heiterkeit.)* Nach langen Bemühungen hat er endlich das „Salonblatt“ hereingebracht. *(Lebhafte Heiterkeit.)* Meine Hochverehrten, eine österreichisch-ungarische Botschaft, in der das Reichsgesetzblatt nicht vorhanden ist, läßt wohl beurteilen, welches Interesse der Botschafter an seinem Lande gehabt hat, und wie soll er, wenn er die Verhältnisse des eigenen Landes nicht kennt, die politischen Vorgänge des Landes, in dem er sitzt, wahrnehmen, wie das hierher berichten. Praktische Männer — ob nun aus dem Kreise der Botschafter, aus dem Kreise der Beamten, der Großindustrie, ob aus dem Kreise der Journalisten ist gleichgültig — Männer müssen es sein, denen wir die Vertretung unserer jungen Republik mit vollen Vertrauen übergeben können.

Meine hochverehrten Damen und Herren, ich habe einleitend bemerkt, ich fordere noch ein Drittes, das ist der Wiederaufbau der Geister, die in diesem Kriege verwüstet worden sind. Es macht einem oft den Eindruck, als ob unser Volk rechtsfremd geworden wäre, nicht bloß was die Begriffe Mein und Dein anbelangt, und es ist zweifellos, daß die Vorgänge im Kriege beigetragen haben, die Geister so zu verwirren, daß es einer langen Zeit bedarf, bis sie gefunden und sich wiederum in unser Leben einfügen.

Aber was mich am meisten bekümmert, das ist die Sorge um unsere Jugend. Wie hat die Jugend im Schuldienste während des Krieges gelitten, wie viel Unterrichtsklassen mußten zusammengezogen werden! Die tüchtigen Lehrer sind hinausgezogen an die Front und, meine Hochverehrten, wir sehen auch jetzt noch die Verelendung der Jugend.

Ich kann nicht umhin, die Aufmerksamkeit des ganzen Hauses darauf zu lenken, wie die Sittlichkeit der Jugend unter gewissen Erscheinungen leidet. Ich erwähne in dieser Beziehung nur die Kinoreklamplakate. *(Zustimmung.)* Das Kino könnte eine Erziehungsanstalt für das Volk im besten Sinne des Wortes sein *(Zustimmung)* und jetzt ist es eine Anstalt zur Verdummung des Volkes und zur Entsittlichung des Volkes. Ich bin kein prüder Mensch — der Erwachsene soll lesen und sich anschauen, was er will. Aber um Gotteswillen, unsere



zarte Jugend wird geradezu von Grund aus verpestet! Was soll aus diesen jungen Mädchen werden, die das „Paradies der Halbwelt“ oder den „Weg zur Verdammnis“ anschauen? Ich schreie nicht nach der Zensur, aber um Gotteswillen im Interesse unserer Jugend darnach, daß alles aufgeboten werde, um unserer Jugend, den Kindern des Volkes die beste Erziehung zu sichern. Wir haben, nachdem wir Bettler geworden sind, unseren Kindern kaum noch ein materielles Kapital zu hinterlassen, wir müssen ihnen aber ein geistiges Kapital hinterlassen, damit sie den Weg durchs Leben finden. In dieser Beziehung werden Sie unsere Partei stets auf dem Wege der Schulreform finden, das Beste muß für die Kinder des Volkes gerade gut genug sein. *(Beifall.)* In dieser Beziehung rechne ich wirklich auf das Zusammenwirken aller Parteien dieses hohen Hauses. In der Frage der Schulreform und der Erweiterung der Lehrerbildung werden Sie uns am Platze finden, wir werden alles aufbieten, um diese Reformpunkte auch zur Wirklichkeit zu bringen, und ich gebe der Überzeugung Ausdruck: wenn es uns gelingt, den Wiederaufbau unserer Wirtschaft, den Wiederaufbau unserer inneren Ordnung und den Wiederaufbau der Geister durchzuführen, werden wir mit wirtschaftlicher Kraft und geistiger Macht dem deutschen Volke die Wege der Zukunft öffnen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) — Redner wird beglückwünscht.)*

**Präsident Dr. Dinghofer:** Zu einem formellen Antrage hat sich der Herr Abgeordnete Forstner zum Worte gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

**Abgeordneter Forstner:** Ich beantrage Schluß der Debatte.

**Präsident Dr. Dinghofer:** Es ist Schluß der Debatte beantragt. Ich bitte, die Plätze einzunehmen. *(Nach einer Pause:)* Ich bitte diejenigen Frauen und Herren, welche den Antrag auf Schluß der Debatte annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschlecht.)* Der Antrag auf Schluß der Debatte ist angenommen.

In die Rednerliste sind noch eingetragen: kontra die Herren Abgeordneten Dr. Schürff, Größbauer, Thanner, Dr. Butte, Stocker, Dr. Angerer und Rittinger; pro die Herren Abgeordneten: Rieger, Unterkircher, Popp, Abram, Dr. Mataja, Hohenberg, Scheibin, Mühlsberger und Kollmann.

Die Herren können aus ihrer Mitte je einen Pro- und Kontra-Redner wählen. Darf ich um einen Vorschlag bitten? *(Nach einer Pause:)* Kontra

wird vorgeschlagen der Herr Abgeordnete Dr. Schürff, pro der Herr Abgeordnete Rieger.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Schürff das Wort.

**Abgeordneter Dr. Schürff:** Hohes Haus! Sehr geehrte Frauen und Männer! Der hochgeschätzte Herr Vorredner hat seine Ausführungen mit einem Appell an alle Parteien dieses Hauses beendet, in dem er zur gemeinsamen Arbeit zum Zwecke des Wiederaufbaues des Staates und seiner Volkswirtschaft aufruft. Von unserer Seite wurde in dieser Debatte, die wesentlich zur Klärung der ganzen politischen Lage im Hause und außerhalb desselben beigetragen und sicherlich auch die Stellung unserer Gruppe zur Regierung und zur Koalition präzisiert hat, zum Ausdruck gebracht, daß wir an produktiver Arbeit, an positiver Kritik hinter den anderen Parteien dieses Hauses niemals zurückstehen werden.

Wenn wir, meine verehrten Frauen und Herren, die vorbeigegangene, nun zu Ende gehende Debatte überblicken, so können wir im großen ganzen feststellen, daß bei aller Leidenschaftslosigkeit doch von allen Seiten Wünsche für die Zukunft geltend gemacht wurden und daß wichtige Fragen unseres politischen und wirtschaftlichen Alltagslebens zur Diskussion gestellt wurden. Ich will mich auf die verschiedenen Ausführungen der geehrten Herren Vorredner nicht einlassen, ich will mir nur gestatten, einige Fragen, die zweifellos zu den wichtigsten Tagesfragen gehören, noch ganz kurz zu erörtern.

Es ist insbesondere immer darauf hingewiesen worden, daß die Aufrechterhaltung der Ordnung, der Sicherheit in unserem Staate einzig und allein die Bürgschaft für dessen glückliche Zukunft sein könne und es daher unbedingt notwendig sei, alle Maßnahmen zu treffen, die zur Erreichung dieses Zieles führen können. Da gestatten Sie mir, einige Angelegenheiten zu besprechen, die nicht bloß Fragen unserer Nationalversammlung oder Staatsverwaltung sind, sondern die auch draußen in der Bevölkerung eifrigst besprochen und deren Lösung mit aller Leidenschaftlichkeit herbeigesehnt wird. Da ist die Frage der endlichen Fixierung der Stellung der Räteorganisationen gegenüber unserer Staatsverwaltung.

Hochverehrte Kollegen und Kolleginnen! Es ist ein Widersinn an sich, daß seit Monaten eine rein parteipolitische Organisation, deren fraktiöser Charakter vom Staatskanzler selbst öffentlich zugegeben wurde und die nach einer unlängst erschienenen Broschüre des Sozialisten Humannus, betitelt „Bürgerkrieg“, nur 40 Prozent der österreichischen Bevölkerung umfaßt, daß also diese parteipolitische, eine Minderheit der Bevölkerung darstellende Organisation heute eine so ausschlaggebende Stellung in unserer



Verwaltung einnimmt. Man kann über die Frage denken, wie man will, man kann sie parteipolitisch bejagen oder bekämpfen, aber eines ist sicher: die Tätigkeit dieser Organisationen hat bis zum heutigen Tage nichts Segensreiches für unseren Staat bedeutet. Es ist daher nur recht und begreiflich, daß die Bevölkerung draußen eine Lösung dieser Frage ersehnt.

Es geht nicht an, einem Teil unserer Bevölkerung solche Vorzugsrechte einzuräumen, sie auf die Staatsverwaltung Einfluß nehmen, die Aufbringung und Verteilung der Lebensmittel fast allein in die Hand nehmen zu lassen, während die Mehrzahl der Bevölkerung von dieser Kontrolle völlig ausgeschlossen ist, es geht nicht an, von den fiktiven Unterscheidungen „Produzenten“ und „Konsumenten“ ausgehend, das bürgerliche Element von diesen Organisationen, von jeder Kontrolle auf diesem Gebiete einfach auszuschließen. Nein, verehrte Frauen und Männer, hier muß Ordnung geschaffen werden, wenn es Ihnen um die Aufrechterhaltung und Befestigung der Ordnung im Staatshaushalt und in der Wirtschaft ernst ist.

Es geht aber auch weiter nicht an, daß man eine Organisation, die sich letzten Endes den Klassenkampf und die rein revolutionäre Umgestaltung unseres Staates zur Aufgabe macht, wie aus den Ausführungen des Obmannes des Arbeiterrates, des Kollegen Dr. Friedrich Adler, und aus dem Programm dieser Organisation hervorgeht, daß man eine solche Organisation zum Mitarbeiter in der staatlichen Wirtschaft macht. Es geht nicht an, daß die Regierung ohne Befragung dieses Hauses für diese Organisationen Millionenbeträge auswirft und bezahlt, wie es unlängst wieder gelegentlich der Beratung über die Zuziehung der Arbeiterräte zum Kriegswucherdienst in Wien zum Ausdruck gekommen ist. Hier muß also Ordnung geschaffen werden.

Die Bevölkerung wird ihnen so lange nicht das Vertrauen entgegenbringen, das Sie mit Recht vom Zustandekommen dieses republikanischen Staates und dieser Nationalversammlung erwartet haben, als Sie nicht den Mut finden, hier eine völlige Klarstellung herbeizuführen.

Noch eine Frage gestatten Sie mir kurz zu streifen — es ist die Frage unserer künftigen Wehrmacht. Es freut mich außerordentlich, daß der Herr Staatssekretär Dr. Deutsch anwesend ist und ich in seiner Gegenwart diese Frage besprechen kann. Das Koalitionsprogramm betont ausdrücklich die Notwendigkeit, daß die künftige Wehrmacht unpolitisch sei und daß sie die Aufgabe habe, demokratische und republikanische Ziele zu verfolgen und zu verteidigen.

Nun, meine Verehrten, stelle ich eines fest: darüber kann kein Zweifel bestehen, daß diese For-

derung gerecht und billig ist und daß, je früher die Entpolitisierung unserer Volkswehr, beziehungsweise unserer Wehrmacht überhaupt zustande kommt, desto eher nur ein Heil für unsere gesamte Staatswirtschaft daraus erblühen kann; aber ich frage sie folgendes: Sind für die Zukunft auch Vertrauensmänner vorgesehen, denen nach dem Koalitionsprogramm mehr wirtschaftliche Aufgaben zukommen?

Es ist nun interessant, daß, während das Koalitionsprogramm ausdrücklich die wirtschaftlichen Funktionen dieser Vertrauensmänner in den Vordergrund ihrer Tätigkeit stellt, der sehr geehrte Herr Staatssekretär Dr. Deutsch gelegentlich der letzten Versammlung der Soldatenräte in Wien diesen Vertrauensmännern beziehungsweise Soldatenräten in erster Linie eine politische Funktion, nämlich die republikanische zugeordnet hat. (Staatssekretär Dr. Deutsch: Ich habe mich auf das Wehrgesetz vom Februar 1919 berufen!) Ich habe hier einen Bericht der „Arbeiter-Zeitung“, aus dem das ganz klar und deutlich hervorgeht und ich kann dem Herrn Staatssekretär Dr. Deutsch ganz genau ... (Staatssekretär Dr. Deutsch: Stimmt ja!) Wenn schon daraus hervorgeht, wie vorsichtig man gegenüber derartigen Erklärungen sein muß, so ergibt sich noch aus einer zweiten Tatsache, daß unser Mißtrauen nach dieser Richtung hin nicht ungerechtfertigt ist.

Es ist in dem Koalitionsprogramm nirgends von den sogenannten Bildungsämtern der Volkswehr die Rede. Nun gestatten Sie mir, Ihnen einiges darüber mitzuteilen. Es ist dem hohen Hause eine vollständige Aufklärung über die Funktionen und Aufgaben der Volksbildungsämter eigentlich nicht gegeben worden. Es heißt nun auch in diesem Referat des Herrn Dr. Deutsch, daß die Notwendigkeit besteht, durch Bildungsämter die künftigen Wehrmänner für die produktive Arbeit der Volkswirtschaft vorzubereiten. Wenn wir uns aber fragen, worin bestand bis jetzt die Tätigkeit dieser Bildungsämter und des Reichsbildungsamtes, das sich aus ersterem herausgebildet hat und unter der Leitung eines Herrn Stern steht, so erfahren wir, daß dort einseitigste politische sozialdemokratische Arbeit geleistet wurde, wie aus einem durch diese Bildungsräte veröffentlichten Zirkular und Programm ganz deutlich hervorgeht. Meine verehrten Herren von der sozialdemokratischen Partei, wenn Sie mit ihren Parteimitteln und innerhalb Ihres Kreises diese propagandistische sozialistische Tätigkeit betreiben wollen, so steht Ihnen zweifellos dieses Recht zu und jeder billig denkende Mensch wird das begreifen. Wenn Sie aber staatliche Institutionen, wie diese Bildungsämter nun einmal sein sollen, zu rein parteimäßigen sozialistischen Propagandazwecken verwenden und dort Vorträge über Räteorganisation, Sozialismus, Weltrevolution und dergleichen mehr



halten, so müssen Sie begreifen, daß wir von unserer Seite Versprechungen nach der Richtung hin, daß die künftige Wehrmacht frei sein wird von jedem politischen Einfluß und daß Sie nicht wie bisher Ihre ganze politische Macht auch dort geltend machen werden, nicht so ganz Glauben schenken können. Das wollte ich hier festgestellt haben.

Im Zusammenhang damit taucht noch eine andere Frage auf. Wer hat denn aus dieser Nationalversammlung die Mittel für derartige Zwecke bewilligt? Wir wurden hier von seiten der Regierung nicht verständigt, daß Millionen für Arbeiterräte ausgegeben werden, sondern fast ebenso große Beträge für die Bildungsämter. (*Abgeordneter Alois Bauer: Wo haben Sie das her?*) Laut Mitteilung Ihres Herrn Kollegen Dr. Adler wurde eine halbe Million durch das Kabinett für die Arbeiterräte, die beim Wiener Kriegswucheramt tätig sind, zur Auszahlung angewiesen. (*Ruf: Für Verdienstentgang!*) Ebenso große Beträge müssen für die Bildungsämter ausgewiesen worden sein, weil sonst eine so große Tätigkeit unmöglich gewesen wäre.

Das, meine verehrten Kollegen und Kolleginnen, Ihnen mitzuteilen und unseren Standpunkt in dieser Frage klarzustellen, war selbstverständlich meine Pflicht; denn wir können doch nicht alles, was in letzter Zeit geschehen ist, ruhig hingehen lassen, ohne die uns zustehende Kritik auszuüben. Ich glaube sehr gerne, meine Herren von den Mehrheitsparteien, daß es angenehmer wäre, ohne jede kritische Beleuchtung und Darstellung der Vorkommnisse, die sich in der letzten Zeit vor unseren Augen abgespielt haben, die politische Tätigkeit in Zukunft weiterzuführen. Wir sind gewiß nicht von der Art, daß wir eine Opposition betreiben, wie sie seinerzeit in rein negativem Sinne von den Herren Seiz und Renner im alten ehemaligen Abgeordnetenhaus betrieben wurde, die nicht zurückscheuten, eventuell mit obstruktivistischen Mitteln . . . (*Abgeordneter Schiegl: Das ist eine bewusste Unwahrheit! Die Sozialdemokraten haben niemals Obstruktion getrieben!*) . . . durch Geschäftsordnungsdebatten die sachliche Beratung hinaus zu ziehen. (*Abgeordneter Schiegl: Das ist unwahr!*) Das wird uns nicht einfallen, weil wir darin keinen Nutzen und keinen Erfolg für unser ganzes staatliches und wirtschaftliches Leben erblicken. Das Recht der Kritik aber werden wir uns nie verkümmern lassen, auch nicht durch Angriffe persönlicher Art, wie sie in der letzten Zeit wiederholt vorgekommen sind. Glauben Sie nicht, daß uns böswillige Sticheleien und Nörgeleien, wie sie von führenden und weniger führenden Persönlichkeiten der Mehrheitsparteien angewendet worden sind, auch nur einigermaßen von unserem Standpunkt der sachlichen Mitarbeit und der positiven Kritik abbringen werden. Nein, nicht einmal

der Herr Dr. Gürtler wird instande sein, uns aus unserer Ruhe zu bringen, wenn er auch noch so gehässige und unwahre Artikel im „Grazer Volksblatt“, wie es am letzten Sonntag der Fall war, veröffentlicht. (*Zwischenruf des Herrn Abgeordneten Schiegl.*) Ich kann diesen Artikel dem Herrn Abgeordneten Schiegl zur Bekümmis übergeben, wenn er sich als Verteidiger des Herrn Abgeordneten Dr. Gürtler fühlt. (*Abgeordneter Schiegl: Ich stelle fest, daß das, was Sie gesagt haben, eine bewusste Unwahrheit ist!*) Ich stelle nur fest, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir in diesem Sinne nicht in die alten Waffenkammern des früheren parlamentarischen Lebens zurückgreifen, wie es der sehr geehrte Herr Dr. Weiskirchner früher betont hat, sondern daß wir rein von Vernunft- und Sachgründen aus zu all dem Stellung nehmen werden, was sich vor uns im parlamentarischen Leben ereignet.

Gestatten Sie mir noch einiges zur Koalition selbst zu sprechen. Sie leben in einem Irrglauben, wenn Sie meinen, daß das, was Sie bisher getan haben, was Sie an Koalitionsgedanken nunmehr zu Papier gebracht haben, draußen die Sympathien der großen Öffentlichkeit genießt. Nein, täuschen Sie sich nicht, die Bevölkerung hat einen feinen Instinkt und eine feine Empfindung dafür, was an dieser Idee gesund ist und was ungesund ist, und wenn ein Koalitionsprogramm die Öffentlichkeit erblickt, an dessen Spitze eine Loyalitäts- und Solidaritätszwangsklausel steht, die schon von vornherein die beiden Parteien sozusagen zur Unständigkeit verpflichtet, und damit zum Ausbruch bringt, daß man doch kein allzu großes Vertrauen zu einander hat, dann können Sie nicht erwarten, daß die Öffentlichkeit draußen Ihnen mehr Glauben schenkt, als in diesem Programm zum Ausdruck kommt.

Und noch eines, meine Herren, will ich hier zum Ausdruck bringen — es ist die Stellung unserer Gruppe zu den künftigen Arbeiten dieser Nationalversammlung. Wir halten die Tätigkeit dieser Nationalversammlung für den Wiederaufbau unseres ganzen politischen und wirtschaftlichen Lebens für so außerordentlich wichtig, daß wir die oft monatelange Ausschaltung der Beratungen der Nationalversammlung und die Herabdrückung der Tätigkeit dieser Nationalversammlung auf eine reine Abstimmungsmaschine seit jeher und oftmals nicht bloß in den Ausschüssen und im Hauptausschusse, sondern auch hier in diesem hohen Hause gerügt haben. Wir verlangen daher, daß künftig die Beratungen dieser Nationalversammlung entsprechend oft und entsprechend lange ausgedehnt werden, so daß die Möglichkeit besteht, zu den großen Fragen der Zukunft, die zum Aufbau und zur Regeneration unseres Staates drängen, entsprechend Stellung zu nehmen. Die bisherige saloppe Art wird nicht dazu



geeignet sein. Was die Arbeit der Großdeutschen Vereinigung anbelangt, so kann ich dazu nur die eine Versicherung geben: Wir werden sowie bisher unbekümmert um Ihren Haß und Ihre Freundschaft unsern Weg sachlicher und produktiver Arbeit weiter gehen, weil wir meinen, daß nur Arbeit, Ordnung und Sparsamkeit den Staat, der so tief darniederliegt, wieder einigermaßen in die Höhe bringen wird. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident Dr. Dinghofer:** Generalredner pro ist der Herr Abgeordnete Rieger; ich erteile ihm das Wort.

**Abgeordneter Rieger:** Hohes Haus! Es hat dem Herrn Abgeordneten Dr. Waber gefallen, seine Ausführungen mit einer Kritik der Koalition zu beginnen. Er hat uns auseinandergesetzt, warum wir im Auslande draußen eigentlich so schlecht angeschrieben sind, warum unser Kredit im Auslande vollständig in Verlust gegangen ist. Ich bin von diesen Mitteilungen momentan noch so erschüttert, daß mir das Reden einigermaßen schwer fällt. *(Heiterkeit.)* Denn der Abgeordnete Waber hat uns mitgeteilt, es würde unser Kredit im Ausland ein bedeutend besserer sein, wenn wir über etwas mehr Ordnung im Lande verfügen würden, wenn wir das Spiel mit der Rätediktatur unterlassen und wenn wir auch mit den Sozialisierungsbestrebungen nicht paktiert hätten. Aber all diese Dinge, gemeinsam mit jener Regierung, die gegenwärtig auf der Regierungsbank sitzt, haben unser Ansehen in der ganzen Welt untergraben; anständige Leute wollen von uns überhaupt nichts mehr wissen, kehren sich von uns ab, ergo sind wir eigentlich verloren, wenn nicht mit der Koalition, wenn nicht mit den Unruhen, welche eine Ordnung unmöglich machen, wenn nicht mit dem Spiel der Rätediktatur und mit den Sozialisierungsbestrebungen gründlich aufgeräumt wird.

Nun wissen wir, was uns eigentlich mangelt und fehlt, nun können wir uns einrichten nach den Ratschlägen des Abgeordneten Waber und die Dinge werden sich für uns schon in der allernächsten Zeit wesentlich günstiger gestalten. *(Heiterkeit.)*

Mangel an Ordnung! Ja, es ist wahr, wir haben einen Mangel an Ordnung und das Bestreben der Koalition geht ja in erster Linie darauf hinaus, eine Ordnung zu schaffen, wie sie unter den gegenwärtigen traurigen Umständen überhaupt möglich ist. *(Zustimmung.)* Aber wenn der Abgeordnete Waber davon gesprochen hat, daß ein Mangel an Ordnung sei, so hat er damit offenbar gemeint, es finden hier in Österreich revolutionäre Umtriebe statt und gerade dieses Moment mache das Ausland stutzig. Was ist die Wahrheit? Es gibt vielleicht

mit Ausnahme von Rußland in Europa kein Land, in welchem das Massenelend so furchtbar grassiert wie gerade in diesem Österreich, wie gerade in diesem deutschen Rest der ehemaligen Monarchie; es gibt in der ganzen Welt kein Proletariat, welches so furchtbar in der Not versunken ist, so furchtbar leidet wie gerade hier in Wien und trotz dieser nicht wegzuleugnenden Tatsachen hat sich die Arbeiterschaft — und auf die Arbeiterschaft spielt vor allem der Herr Abgeordnete Waber an — sehr ruhig verhalten, sie hat die Zähne zusammengebißen und hat jene Bewegungen unterlassen, die, wenn sie ausgebrochen wären, durchaus nicht verwunderlich gewesen wären. *(Sehr richtig!)* Ist es nicht geradezu kindisch, angesichts solcher Tatsachen von Unruhen zu sprechen, die unseren Kredit im Auslande untergraben? *(Zwischenruf.)*

Meine Herren, wir haben angeblich mit der Rätediktatur gespielt! Da meint er natürlich nicht den christlichsozialen Teil der Koalition, sondern den sozialdemokratischen. Ja, die Behauptung ist allerdings sehr leicht aufgestellt, aber, meine Herren, der Herr Abgeordnete Waber wäre wohl verpflichtet gewesen, diese seine Behauptung auch zu belegen und Beweise dafür zu erbringen. Wie liegen denn die Dinge bezüglich des behaupteten Spieles mit der Rätediktatur? Meine Herren, wenn wir von der sozialdemokratischen Partei eine Rätediktatur in Österreich hätten einführen wollen, es gab eine Zeit, wo wir die Macht dazu gehabt hätten *(Zustimmung)*; wir hätten die Macht zur Einführung einer Rätediktatur wahrscheinlich auch noch heute. Wir Sozialdemokraten waren stets, wie aus allen unseren Kundgebungen hervorgeht, prinzipielle Gegner der Rätediktatur. *(So ist es!)* Wir haben sie in unserer Presse, wir haben sie in unseren Versammlungen bekämpft und wir haben auseinandergesetzt, warum wir eine Rätediktatur im allgemeinen für schädlich halten, nicht nur für das Land, in dem wir sind, sondern speziell auch für die Arbeiterschaft selbst. Meine Herren! Das, was ich hier sage, ist durchaus nichts Neues, ist eigentlich etwas allgemein Bekanntes und es nimmt mich daher um so mehr Wunder, daß der Herr Abgeordnete Waber heute wieder mit der Phrase gekommen ist, die Sozialdemokraten spielen mit der Rätediktatur, und nachdem die Sozialdemokratie einen starken Einfluß auf die Staatsgeschäfte in diesem Lande hier besitze, wolle das Ausland von uns nichts wissen und sinke der Kredit.

Auch die Sozialisierungsbestrebungen haben uns geschadet. Werte Herren und Damen! Der Herr Abgeordnete Waber hätte es viel kürzer machen können, als er es gemacht hat bezüglich der Begründung, warum wir im Auslande jeden Kredit verloren haben. Er hätte ganz einfach sagen können, hier in Deutschösterreich, insbesondere in Wien gibt es



eine Sozialdemokratie, und zwar nicht nur eine Sozialdemokratie als solche, sondern auch eine starke, sie sitzt in der Regierung, sie hat einen großen Teil der Führung der Staatsgeschäfte inne; solange diese Sozialdemokratie besteht, werden wir im Auslande keinen Kredit haben. Ich meine freilich: der sinkende Kredit im Auslande hat höchstwahrscheinlich andere Ursachen und zu diesen anderen Ursachen gehört es wohl höchstwahrscheinlich mit, daß das Auslande zu der Existenzmöglichkeit unseres Staates sehr wenig Vertrauen beisteht. Dieses mangelnde Vertrauen im Auslande zu unserem Staate, der in seiner ganzen Beschaffenheit anders geartet ist, als wir ihn geschaffen haben wollten, wirkt hier wahrscheinlich mehr mit als das, was der Herr Abgeordnete Waber hier angeführt hat.

Die Arbeiter seien hineingehegt worden in den Kampf gegen den Kapitalismus! Auch eine ganz alte Phrase: die Sozialdemokraten hegen die Arbeiter auf. Das habe ich schon vor dreißig Jahren gehört. Nicht der Kapitalismus bringt die Arbeiter durch sein Wirken gegen sich auf, die Arbeiter würden den Kapitalismus sehr lieben, wenn die Sozialdemokraten nur ihre Hegerien gegen den Kapitalismus unterlassen wollten!

Der Herr Abgeordnete Waber hat sich darüber aufgehalten, daß der Staatskanzler in einer Versammlung von der Partei, der Dr. Waber angehört, als von einem „bürgerlichen Mischmasch“ gesprochen hat. Möge mir der Herr Abgeordnete Waber doch auseinanderlegen, wie man seine Partei eigentlich anders bezeichnen könnte. Von einer Einheitlichkeit in den Prinzipien, von einer Einheitlichkeit in den Auffassungen keine Spur. Ja, werde Herren von der großdeutschen Partei, Sie müssen sich schon gefallen lassen, daß Sie mit dem Wurstfessel in Vergleich gestellt werden. Aber der Herr Abgeordnete Waber hat gesagt: Es wird schon anders kommen. Er hat förmlich gedroht. Er hat erklärt: Wir werden nicht immer so klein bleiben, es wird eine Zeit kommen, wo es Euch quasi vergehen wird, über uns Witze zu reißen. Wir werden groß werden: wenn nämlich die Bevölkerung zu Worte kommen wird. Bei den letzten Wahlen am 16. Februar 1919 ist die Bevölkerung nicht zu Worte gekommen. (Heiterkeit.) Denn, wenn die Bevölkerung zu Worte gekommen wäre, dann wäre natürlich aus den damaligen Wahlen eine großdeutsche Majorität hervorgegangen. Nachdem aber die Bevölkerung ihren Willen nicht zum Ausdruck bringen konnte, nachdem sie geknebelt war, vor allem von den Sozialdemokraten, die im Innern alles niederhalten, die in der inneren Politik brutal auftreten und nur der Entente gegenüber eine kriegerische Position einnehmen, konnte eben die so geknebelte und unterdrückte Bevölkerung die Großdeutschen leider nicht wählen. Aber bei den nächsten Wahlen

werden sich die Dinge ändern und es wird sich zeigen, daß in dem Augenblick, wo die Bevölkerung zu Worte kommt, vor allem die Sozialdemokraten auf der ganzen Linie zum großen Teil ausgespielt haben werden. Trotzdem uns Sozialdemokraten dieses schauderhafte Los bevorsteht, hat sich der Herr Abgeordnete Waber doch mehr als unter solchen Umständen notwendig wäre, unseren Kopf zerbrochen und hat davon gesprochen, daß wir durch unsere inkonsequente Politik nicht nur die Achtung des Herrn Dr. Waber verloren haben, sondern auch die Achtung unserer Parteigenossen im Auslande.

Nun, meine Herren, der Herr Dr. Waber gehört einer Parteirichtung an, die im alten Abgeordnetenhaus unter der Bezeichnung „Nationalverbändler“ gewirkt hat, und ich sage ganz offen: es fällt uns Sozialdemokraten einigermaßen schwer, in puncto konsequenter Politik mit den ehemaligen Nationalverbändlern zu konkurrieren. (Heiterkeit.) Aber, meine Herren, ich gebe Ihnen das Versprechen: wir werden uns bemühen, mindestens so konsequent in der Politik zu sein, wie man das von den Großdeutschen, wie man das von den ehemaligen Nationalverbändlern sagen kann. Vor allem aber sage ich dem Herrn Dr. Waber folgendes: Er möge die Sorge um unser Ansehen unseren Parteigenossen im Auslande gegenüber ganz ruhig uns selbst überlassen. (Sehr richtig!)

Es wurde vom Herrn Abgeordneten Dr. Schürff hier eine Behauptung aufgestellt, die ich bei dieser Gelegenheit sofort zurückweisen möchte. Er hat davon gesprochen, daß die Opposition der Großdeutschen einen wirklichen Inhalt habe, eine positive Opposition sei, während die Opposition der Sozialdemokraten im alten Abgeordnetenhaus immer eine negative Opposition, untermischt und vermischt mit Obstruktion gewesen sei. Meine Herren! Der Herr Abgeordnete Schürff, der ja auch im früheren Hause gesessen ist, weiß ganz genau, daß die sozialdemokratische Partei, solange sie am parlamentarischen Leben hier in Österreich teilnimmt, nicht nur keine negative Opposition geführt hat, sondern daß sie immer für alle Zweige der Verwaltung mit ganz bestimmten positiven Vorschlägen gekommen ist, und es ist, um mich milde auszudrücken, einfach eine Unwahrheit, wenn der Herr Abgeordnete Schürff eine solche gegenteilige Behauptung hier aufstellt. Wenn er weiters erklärt hat, die Sozialdemokraten hätten in ihrer Opposition zu gleicher Zeit auch Obstruktion getrieben, also durch ihre Opposition auch die Tätigkeit des Parlaments verhindert, so nimmt es mich einigermaßen wunder, daß ein ehemaliger Nationalverbändler hier aufsteht und in so abträglichem Sinne von der Obstruktion spricht. Ich gehöre, wenn ich das alte Abgeordnetenhaus dazu rechne, über 20 Jahre, also über zwei Jahrzehnte diesem Hause an, und in dieser



langen Zeit wurden sehr viele Jahre lediglich von der deutschbürgerlichen Obstruktion ausgefüllt. (*Zustimmung.*) Wir Sozialdemokraten haben an der Obstruktion weder von links noch von rechts jemals teilgenommen. Wir haben es uns allerdings nicht nehmen lassen, gegen alle Gewalttaten von seiten des Präsidiums auf das energischste zu protestieren. Und wenn die Nationalverbändler in den Novembertagen des Jahres 1897 nicht den Sturm der 14 Sozialdemokraten auf das Präsidium Abrahamowicz-Kramár gehabt hätten, so wäre es höchstwahrscheinlich eingetreten, daß die ganze deutsche Bourgeoisie, soweit sie hier eine Vertretung im Parlament hatte, die Schlacht gegen die slawische, tschechisch-polnische Rechte verloren hätte. Das haben wir allerdings getan und ich glaube, für diese unsere Tätigkeit würden wir wohl eher Anerkennung und Dank von den ehemaligen Nationalverbändlern verdienen als eine solche gehässige und an und für sich auch vollständig unwahre Kritik.

Ich möchte nun noch auf ein sehr wichtiges Kapitel zu sprechen kommen, welches in dieser nun dem Ende zugehenden Debatte von mehreren Rednern auch der großdeutschen Opposition hier behandelt wurde. Es ist das vielumstrittene Kapitel der Arbeiterräte. Es wäre eigentlich verwunderlich gewesen, wenn dieses Kapitel hier nicht zur Besprechung gelangt wäre; denn die Arbeiterräte stehen, solange sie überhaupt existieren, im Mittelpunkt der bürgerlichen Angriffe, sie werden bekanntlich als schädlich bezeichnet, als verfassungswidrig, sie werden in ihrem Wirken als gesetzwidrig hingestellt usw.

Der Herr Abgeordnete Dr. Schürff hat seine Kritik über die Arbeiterräte mit den Worten geschlossen, hier müsse endlich Ordnung gemacht werden. Auf den Standpunkt des Herrn Abgeordneten Dr. Schürff haben sich auch die Abgeordneten Dr. Waber und Friedmann begeben. Glauben Sie sicher, meine Herren, wir haben durchaus nicht den Beifall des Bürgertums erwartet, als wir an die Gründung von Arbeiterräten gegangen sind. Die Arbeiterräte sind — da hat der Abgeordnete Dr. Schürff ganz recht — ein Instrument der Arbeiter in dem Kampf um die Emanzipation der Arbeiterklasse. Das trifft zu.

Die Arbeiterräte wollen aber auch — und das schmerzt ja den Abgeordneten Dr. Schürff so stark — einen direkten Einfluß auf die staatliche Verwaltung gewinnen. Unter solchen Verhältnissen, bei einem solchen Programm mußte man auf die Ablehnung der bürgerlichen Parteien gegenüber den Arbeiterräten gefaßt sein. Freilich sagen die Gegner der Arbeiterräte es nicht offen heraus, warum sie Gegner dieser Institution, Feinde dieser Organisation sind. Sie sagen nicht, wir sind Gegner

der Arbeiterräte, weil wir alles bekämpfen, was der Befreiung der Arbeiterschaft dienen kann, sie sagen nicht, wir sind Feinde der Arbeiterräte, weil wir nicht wollen, daß die Arbeiter einen Einfluß auf die staatliche Verwaltung gewinnen, sondern sie erklären kurzweg, die Arbeiterräte sind eine gesetzwidrige Institution, sie stehen im Widerspruch zur Demokratie, ja es gibt Leute, die sich nicht scheuen, auszusprechen, daß die Arbeiterräte sogar eine Gefahr für die Demokratie seien.

Es ist überhaupt sonderbar, welche große Besorgnis deutschbürgerliche Kreise sofort überfällt und überkommt, wenn ein Arbeiterrat auf der Bildfläche erscheint. Ich habe eine solche Besorgnis um die Demokratie, eine solche Anhänglichkeit an die Demokratie, gerade im Lager der deutschbürgerlichen Parteien früher hier im Hause eigentlich nie wahrnehmen können und wenn ich auch meine ganze Erinnerung zusammenfasse, so finde ich wirklich nichts, was darauf schließen würde, daß das deutsche Bürgertum in Österreich je ein begeisterter Anhänger der Demokratie gewesen wäre.

Ich möchte, meine Herren, denn doch ganz kurz, nur so im Vorübergehen, die Frage streifen, ob denn die Arbeiterräte wirklich im Widerspruch zur Demokratie stehen. Schon die Entstehungsgeschichte der Arbeiterräte beweist das Gegenteil, denn die Arbeiterräte sind — das wissen Sie alle — ein Kind der großen russischen Revolution, die Arbeiterräte stehen im engsten Zusammenhange mit der staatlichen Umwälzung auf demokratischer Grundlage. Die Arbeiterräte sind Begleiterscheinungen der Demokratie, allerdings auch Begleiterscheinungen des proletarischen Klassenkampfes. Von den Arbeiterräten, meine Herren, hat die Demokratie ganz bestimmt nichts zu befürchten, denn die Arbeiterräte sind Wachposten, sind Kampftruppen der Demokratie, die Arbeiterräte sind eine Organisation in der Verteidigung der großen Errungenschaften der Revolution.

Nun wird erklärt: ja, das glauben wir ja ohnehin, daß die Mitglieder des Arbeiterrates Demokraten sind und daß die Arbeiterräte die Demokratie nicht umbringen wollen, aber die Arbeiterräte wollen sich an die Stelle der Nationalversammlung setzen, sie wollen der Nationalversammlung die Gesetzgebung aus den Händen nehmen und wollen selber die Gesetze schaffen.

Meine Herren, auch das ist falsch. Wo haben die Arbeiterräte sich auch nur im entferntesten Sinn dahin geäußert, daß sie das demokratische Grundgesetz unserer Republik, welches die Gesetzgebung der Nationalversammlung zuweist, anzweifeln und in seinem Bestande untergraben wollen? Nirgends, meine Herren, werden Sie in den Rundgebungen der Arbeiterräte eine solche Entdeckung machen



können. Das eine trifft allerdings zu: die soviel von bürgerlichen Parlamentariern und von der bürgerlichen Presse angefeindeten Arbeiterräte werfen ein wachsameres Auge auf diese Nationalversammlung in dem Sinne, ob diese Nationalversammlung als Stätte der Gesetzgebung den großen Intentionen der Revolution auch treu bleibt. Das ist eigentlich die Pflicht jedes Demokraten; man muß nicht gerade ein Sozialdemokrat sein, sondern es ist die Pflicht auch jedes bürgerlichen Demokraten, dieses Recht der Kontrolle auszuüben, und wenn es das Recht jedes einzelnen Staatsbürgers ist, die Tätigkeit der Nationalversammlung zu kontrollieren, dann kann man wohl den Arbeiterräten selbst dieses Recht nicht absprechen.

Es wird freilich dann weiters gesagt, daß die Arbeiterräte sich die Funktionen von Behörden anmaßen, daß sie die Behörden einfach zur Seite schieben, daß sie eigenmächtig so amtieren, als ob sie als Arbeiterräte einzig und allein der Ausdruck der Staatsgewalt wären. Es ist richtig: die Arbeiterräte streben einen Einfluß auf die staatliche Verwaltung an, aber glauben Sie sicher, meine Herren, dieses Streben selbst entspricht durchaus nicht der Sucht nach einer ungesetzlichen Herrschaft, nach einer ungesetzlichen Kontrolle, sondern dieses Streben ist entstanden unter dem Zwange einer gebietrischen Notwendigkeit, es ist entstanden in dem Kampfe um das nackte Leben, es ist entstanden in dem Ringen gegen Hunger und gegen Obdachlosigkeit.

Meine Herren! Es hat der Kreisarbeiterrat von Wien in einer Kundgebung vom 27. September 1919 in dieser Frage folgendes ausgesprochen (*liest*):

„Der Klassengegensatz, der die Gesellschaft in Besitzende und Besitzlose spaltet, ist den breiten Massen des Volkes niemals so klar zum Bewußtsein gekommen wie in der Zeit des Krieges und den Notzeiten, die er zur Folge hatte. Während die Bevölkerung auf die schmalen Rationen der Karte gesetzt war, die es ihr nicht ermöglichten, den Hunger zu stillen, haben die Besitzenden immer üppiger gelebt und alle Genüsse, die untersagt gewesen sind, in reichem Maße genossen. Alle Vorschriften wurden umgangen, alle Maßregeln der Behörden mißachtet und niemals wurde das Gesetz in einer so frechen Weise überschritten als von diesen Kreisen der Gesellschaft. Die Arbeiterschaft war daher, je mehr die Auflösung des Staates und die Zerrüttung der Übergangszeit zum Frieden die innere Ordnung aufgelöst hat, gezwungen, den Weg zur Selbsthilfe zu betreten.“

Meine Herren! Hier haben Sie eine knappe Mitteilung für das Bestreben der Arbeiterräte, einen Einfluß auf die staatliche Verwaltung zu nehmen.

Daß es sich hierbei wirklich um eine Verteidigung des nackten Lebens, um den Kampf gegen Hunger und Obdachlosigkeit handelt, geht doch aus der Tatsache hervor, daß die Arbeiter sich fast ausschließlich einen Einfluß auf jene Zweige der staatlichen Verwaltung sicherstellen wollen, die mit der Approvisionierung, mit dem Kampf gegen den Schleichhandel, mit der Wohnungsnot usw. zusammenhängen. Die Arbeiterschaft als solche hat zu der aus dem alten Staate übernommenen Bürokratie eben kein großes Vertrauen. Sie hat Mißtrauen gegen diese alte übernommene Bürokratie, Mißtrauen aus dem Grunde, weil gerade diese alte Bürokratie eingesponnen ist in Auffassungen, die zu einem weitans überwiegenden Teile der Arbeiterschaft ungünstig sind, und weil diese Bürokratie zu einem sehr großen Teile der Auffassung huldigt, daß sie nicht eine Dienerin vor allem der Gesamtheit zu sein hat, sondern eine Dienerin für die besitzenden Klassen. Wenn also die Arbeiterschaft durch ihre Arbeiterräte auf jene Zweige der staatlichen Verwaltung Einfluß nehmen will, die sich mit den Fragen der Approvisionierung befassen, so ist das nichts mehr und nichts weniger als ein Akt der Notwehr der Arbeiterschaft.

Und nun sagt man: Ja, die Arbeiterräte amtieren eigenmächtig, geben eigene Vorschriften heraus, schieben die Behörden beiseite usw. Auch das, meine Herren, entspricht nicht den Tatsachen. Es haben gewiß Eigenmächtigkeiten stattgefunden, die mit dem Gesetze nicht harmonieren, ich werde darauf noch zu sprechen kommen. Aber die Arbeiterräte selbst haben in der Hauptsache sich doch weiter nichts als die Aufgabe gestellt, daß die bestehenden Gesetze und Verordnungen von den Behörden durchgeführt (*Zustimmung*) und von allen respektiert und geachtet werden.

Ich kann mich erinnern — das war noch vor dem Umsturze — daß gerade von amtlichen Stellen wiederholt Appelle an die Bevölkerung ergangen sind des Inhaltes, es möge die Bevölkerung bei der Bekämpfung des Schleichhandels mitwirken, sie möge begründete Anzeigen erstatten usw. Wenn die Arbeiterräte selbst diesem Appell der Behörden nachkommen, so kann man ihnen doch diese Folgsamkeit unmöglich zum Vorwurf machen! Wer hat denn eigentlich von der Tätigkeit der Arbeiterräte etwas zu befürchten? Ich begreife nicht, warum die Herren Friedmann, Waber und Schürff sich über die Arbeiterräte hier so aufregen. Etwas zu befürchten hat von den Arbeiterräten nur eine bestimmte Gruppe von Menschen, die nicht zu den anständigsten gehören. (*Zustimmung und Zwischenrufe.*) Die Schleich- und die Kettenhändler, die dem Volke das Brot verteuern (*Zwischenrufe*), die haben von den Arbeiterräten etwas zu befürchten. (*Abgeordneter Spalowsky: Was ist's mit der Bahnhofskontrolle der*



armen Teufel mit den Rucksäcken!) Ich werde darauf noch zu sprechen kommen. Die Hamsterer im großen (*Zwischenrufe*), die dem Volke das Brot wegnehmen, die Besitzer von Luxuswohnungen, welche das Elend der Obdachlosigkeit vollständig kalt und gleichgültig läßt, die haben von den Arbeiterräten etwas zu befürchten, die Schlemmer und Brasser, die Kriegsgewinner und Kriegswucherer, die Preistreiber, alle diese Elemente sind von der Tätigkeit und von der Existenz der Arbeiterräte nicht erbaut. Und wegen dieser ehrenwerten Gesellschaft soll die Institution der Arbeiterräte, welche den Behörden so wertvolle Unterstützungsdienste leistet, beseitigt und abgeschafft werden. (*Zwischenrufe*.) Nein, meine Herren. Die Arbeiterräte dienen nicht nur der Arbeiterschaft, sie dienen der Gesamtheit, und wenn Sie in die Kanzlei irgendeines Arbeiterrates kommen könnten, so würden Sie die Wahrnehmung machen, daß nicht nur Arbeiter, sondern auch Angehörige aus anderen Schichten der Bevölkerung die Hilfe der Arbeiterräte in Anspruch nehmen. Es wäre von der Sucht, die Gesetze und Verordnungen zu umgehen und zu mißachten, sehr viel nicht zutage gefördert worden, wenn die Behörden nicht die Unterstützung der Arbeiterräte gefunden hätten. (*Abgeordneter Heisl: Fragen Sie den Polizeipräsidenten von Wien über die Unterstützung durch die Arbeiterräte!*) Ich werde sofort auf das, was mir hier zugerufen wird, mit einigen Worten zu sprechen kommen.

Sie werden mir nicht zumuten, daß ich die Tatsache, daß Arbeiterräte auch Eigenmächtigkeiten, die gegen das Gesetz verstoßen, begangen haben, irgendwie ableugnen wollte. Solche Eigenmächtigkeiten haben stattgefunden. Jede Institution hat eben ihre Kinderkrankheiten, hat ihre Mängel und Fehler in der Organisation, die erst bei den praktischen Arbeiten zutage kommen, und so liegen die Dinge auch bei den Arbeiterräten. Sie haben gewisse Übergriffe begangen in dem Drange, rasch Ordnung zu machen und nicht erst einen Instanzenzug abzuwarten. Sie haben sie begangen in der guten Absicht, der Allgemeinheit und nicht sich selbst zu dienen. Wir bedauern diese Eigenmächtigkeiten, und zwar aus dem Grunde, weil, wenn sie eine Fortsetzung und ununterbrochene Übung finden würden, sie ganz bestimmt in unserer Verwaltung eine gewisse Anarchie erzeugen müßten. Deshalb geht auch aus der Mitte der Arbeiterräte selbst das Bemühen hervor, diese Übergriffe abzustellen, und die Konferenz des Wiener Kreisarbeiterrates vom 27. September l. J. hat ja auch sogenannte Richtlinien für die Amtierung der Arbeiterräte festgesetzt, die es vollständig ausschließen, daß Eigenmächtigkeiten auch fernerhin begangen werden. Ich will Ihnen diese Richtlinien hier nicht zur Kenntnis bringen, Sie können den Beschluß des Wiener Kreisarbeiter-

rates vom 27. September nachlesen. (*Ruf: Wir haben gar kein Bedürfnis!*) Sie haben kein Bedürfnis, aber über die Arbeiterräte werden Sie schimpfen, obwohl Sie gar nicht wissen, was sie beschlossen haben. Sie können also diese Beschlüsse nachlesen und Sie werden finden, daß es den Arbeiterräten direkt untersagt ist, eigenmächtig zu handeln, Amtierungen, Requisitionen usw. vorzunehmen, ohne daß Vertreter der kompetenten Behörden dabei sind.

Sie schreien immer über die Ungezüglichkeit und die Übergriffe der Arbeiterräte. Nennen Sie mir eine Behörde in Österreich, die noch nicht eine Ungezüglichkeit und noch nicht einen Übergriff begangen hätte! (*Zwischenrufe*.) Sie werden mir keine solche Behörde nennen können, und wenn ich nicht von den kleinen Behörden, wenn ich von den großen Behörden sprechen wollte, von den Regierungen der vergangenen Zeiten, von den Regierungen vor dem Umsturz, da könnte ich Ihnen stundenlang von den Ungezüglichkeiten der obersten Behörden in der alten Monarchie erzählen.

Die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung ist zum großen Teil ein Kampf gegen die brutale Drangsalierung der Arbeiterklasse auf vollständig ungezüglicher Basis. Gegenüber dieser durchaus ungezüglichen Drangsalierung der Arbeiterklasse haben die bürgerlichen Parteien nie ein Wort des Protestes gefunden, sie haben nicht nur nicht protestiert, sondern sie haben die Regierungen zu diesen blutigen Verfolgungen der Arbeiterschaft und ihrer politischen Organisation, der Sozialdemokratie, direkt aufgereizt. Darum sage ich: Derjenige, der gegen die blutigen, ungezüglichen Drangsalierungen der Arbeiterschaft durch die verflochtenen Regierungen, gegen diese massenhaften Übergriffe kein Wort des Protestes gefunden hat, der hat das Recht verwirkt, hier in diesem Saale über die Übergriffe der Arbeiterräte zu klagen und zu jammern. (*Sehr richtig!*)

Ich will zum Schluß eilen und Sie nicht mehr länger aufhalten. Ich bemerke: meine Ausführungen gefallen einem Teile des Hauses nicht ganz. Er würde mir wahrscheinlich auch nicht beistimmen, wenn ich hier auf die großen Verdienste der Arbeiterräte hinwiese, welche den angeblichen Übergriffen und Eigenmächtigkeiten der Arbeiterräte gegenüberstehen. Wenn im vorigen Jahre in Österreich die Revolution im großen Ganzen unblutig verlaufen ist, so ist das mit ein Verdienst der Arbeiterräte. (*Sehr richtig!*)

Wenn die dumpfe Verzweiflung der Massen, vor allem der Wiener Arbeiterschaft bisher nicht zu gefährlichen Explosionen geführt hat, so ist das mit ein Verdienst der Arbeiterräte. Hätten die Arbeiterräte nicht einen ausschlaggebenden Einfluß auf die



hungernden Massen, so wäre gar manches von dem Besitz bereits in Rauch und Flammen aufgegangen (*Sehr wahr!*) und gar manche von den Besitzenden, die über die Arbeiterräte schimpfen, wissen eigentlich nicht, was sie ihnen zu verdanken haben. (*So ist es!*)

Wenn die Abgeordneten Baber, Schürff und Friedmann, der die Arbeiterräte mit einer Geißel für die ganze Bevölkerung verglichen hat, vermeinen, daß man diese Organisation der Arbeiterschaft ohneweiters wieder abschaffen kann, so werden sie sich gewaltig täuschen. (*So ist es!*) Die Arbeiterschaft wird sich diese Organisation nicht mehr nehmen lassen. In unserer inneren Politik sind die Arbeiterräte kein zerstörendes und kein zersetzendes Element, sondern sie sind ein Element des Aufbaues, mögen Sie dagegen protestieren, wie heftig und wie lange Sie auch wollen. Es sind die Arbeiterräte auch keine überflüssige, übermütige, organisatorische Spielerei, sie sind angesichts des Wirrwarrs, in dem wir uns befinden, des Trümmerhaufens, den wir abtragen müssen, eine politische und eine soziale Notwendigkeit. Eine politische Notwendigkeit, um für die Zukunft alle reaktionären Anschläge zu verhindern; und sozial sind die Arbeiterräte ein wertvoller Beihelfer für jede Staatsverwaltung, die vor allem die Pflege des allgemeinen Wohles auf ihre Fahnen geschrieben hat. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident Dr. Dinghofer: Die Rednerliste ist erschöpft, die Debatte über diesen Gegenstand ist geschlossen.

Wir schreiten zum Schlusse der Sitzung.

Sein Ausschußmandat hat zurückgelegt der Herr Abgeordnete Dr. Mataja als Ersatzmann im Finanz- und Budgetausschusse. Sofern dieser Abgeordnete weniger als vier Ausschüssen angehört, bedarf er zur angezeigten Mandatzurücklegung der Genehmigung des Hauses. Wenn keine Einwendung erhoben wird (*nach einer Pause*), und dies ist nicht der Fall, nehme ich an, daß die Genehmigung erteilt ist.

Mit Zustimmung der Versammlung werde ich die erforderliche Ersatzwahl sofort vornehmen und gleichzeitig die Ersatzwahl für das durch die Mandatsniederlegung des Abgeordneten Schmid freigewordene Mandat im Sozialisierungsausschusse durchführen lassen und ersuche die Mitglieder die Stimmzettel abzugeben. (*Nach Abgabe der Stimmzettel:*) Die Stimmenabgabe ist geschlossen, das Strutinium wird unverweilt vorgenommen und sein Ergebnis bekanntgegeben werden.

Ich werde zuweisen:

dem Ausschusse für Erziehung und Unterricht:

den Antrag des Abgeordneten Dr. Robert Danneberg und Genossen, betreffend die Schaffung eines Anforderungsgesetzes für Schulzwecke (*442 der Beilagen*);

dem Finanz- und Budgetausschusse:

den Antrag der Abgeordneten Steinegger, Pischik, Dr. Anton Maier und Genossen, betreffend die gleiche Behandlung aller Pensionisten, Witwen und Waisen und eine Anpassung der Bezüge der genannten Gruppen an die Existenzanforderungen der heutigen Zeit, mit Berücksichtigung der kommenden Besoldungsreform (*440 der Beilagen*);

dem Ausschusse für Land- und Forstwirtschaft:

den Antrag der Abgeordneten Stocker, Größbauer, Wimmer, Thanner, Schöckner und Genossen, betreffend Abänderung der Vollzugsanweisung zum Wiederbesiedlungsgesetz (*443 der Beilagen*);

Dem Ausschusse für Verkehrswesen:

den Antrag der Abgeordneten Pischik, Steinegger und Genossen, betreffend Beibehaltung der Fahrlegitimationen für pensionierte Eisenbahn-Tagelohnarbeiter und deren Familien (*441 der Beilagen*).

Wird eine Einwendung dagegen erhoben? (*Nach einer Pause:*) Es ist nicht der Fall. Die Zuweisung erscheint daher genehmigt.

Das Resultat der vorgenommenen Wahl ist folgendes:

Es wurden 78 Stimmzettel abgegeben; die absolute Stimmenmehrheit beträgt daher 40 Stimmen.

Gewählt erscheinen mit je 78 Stimmen: als Ersatzmann in den Finanz- und Budgetausschuß der Herr Abgeordnete Unterkircher, als Ersatzmann in den Sozialisierungsausschuß der Herr Abgeordnete Fischer.

Ich schlage die nächste Sitzung vor für Donnerstag, den 30. Oktober, 3 Uhr nachmittags, damit die Ausschüsse morgen Gelegenheit zur Arbeit haben.

Gegenstand der Tagesordnung:

Fortsetzung der heutigen Tagesordnung; eventuell:

Bericht des Verfassungsausschusses über die Vorlage der Staatsregierung



(444 der Beilagen), betreffend die Landesverweisung und die Übernahme des Vermögens des Hauses Habsburg-Lothringen (448 der Beilagen);

ferner Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (398 der Beilagen), betreffend Gebührenbegünstigungen aus Anlaß der Aufhebung und Ablösung der Jagdrechte auf fremdem Grund und Boden (445 der Beilagen);

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (409 der Beilagen), betreffend die Verwendbarkeit der von der Gemeinde Wien

auf Grund des mit dem niederösterreichischen Landesgesetze vom 16. Juli 1919, L. G. Bl. Nr. 280, bewilligten Anlehens auszugebenden Schatzscheine zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (446 der Beilagen).

Wird gegen die Anordnung der Sitzung, sowie gegen diese Tagesordnung irgendein Einwand erhoben? (Niemand meldet sich.) Wenn das nicht der Fall ist, erscheint dieselbe genehmigt.

Ich werde noch ersucht, die Herren Mitglieder des Verfassungsausschusses aufmerksam zu machen, daß jetzt sofort nach der Haus-sitzung eine Beratung stattfinden wird, und zwar im Lokal I.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 6 Uhr 35 Minuten abends.**